



Innerbetriebliche Streiks und „Betriebsterror“

Zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik von KPÖ und GE/GLB in den frühen 1970er Jahren

MANFRED MUGRAUER

Die erste Hälfte der 1970er Jahre war durch eine Linksentwicklung in der ArbeiterInnenschaft und unter KünstlerInnen und Intellektuellen gekennzeichnet. Die KPÖ konnte neue Mitglieder – vor allem junge Menschen – gewinnen und bei Gemeinderats- und Landtagswahlen Erfolge erzielen. Der damalige Aufschwung der KPÖ machte sich nicht nur bei allgemeinen Wahlen bemerkbar, sondern auch bei Betriebsratswahlen und Arbeiterkammerwahlen. Die mit der KPÖ verbundene *Gewerkschaftliche Einheit* (bzw. später der *Gewerkschaftliche Linksblock*) verzeichnete in den Jahren 1971 bis 1974 teilweise erdrutschartige Stimmengewinne bei Betriebsratswahlen, vor allem in der verstaatlichten Industrie, wo es eine Welle von Arbeitskämpfen gab.

Erfolge bei Betriebsratswahlen

Bei den Nationalratswahlen im Oktober 1971 erzielte die KPÖ einen Stimmengewinn von 38 Prozent, freilich von einem niederen Niveau ausgehend, nachdem es im März 1970 – der ersten Wahl nach den „Krisenjahren“ 1968/69 – einen schweren Rückschlag für die Partei gegeben hatte. 1971 stieg der Stimmenanteil von 44.750 auf 61.762 Stimmen (1,36 Prozent). Erstmals seit 15 Jahren gab es damit eine Trendumkehr, was innerhalb der KPÖ als ermutigender Erfolg empfunden wurde. Stimmengewinne gab es 1973 auch bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten. Von großem Gewicht waren der Gewinn tausender Stimmen und zahlreicher Mandate bei den Betriebsratswahlen sowie bei den Personalvertretungswahlen im öffentlichen Dienst, bei den Eisenbahnen und den Postbediensteten. Wie an den in der umseitigen Tabelle angeführten Stimmen- und Mandatszahlen abzulesen ist, konnte die *Gewerkschaftliche Einheit* (GE) bis 1974 mehrere Wahlsiege erringen, die überregionale Aufmerksamkeit erfuhren.

Hervorstechend ist das Betriebsratswahlergebnis etwa in der österreichischen Automobilfabrik (vormals Austro Fiat) in Wien-Floridsdorf, wo der Kommunist Ernst Schmidt bereits seit den 1950er Jahren durchgängig Betriebsratsobmann war und sich 1971 noch einmal von sechs auf zehn Mandate steigern konnte. Die SPÖ fiel von fünf Mandaten auf drei zurück.¹ Mehrheiten wurden in diesem Jahr ferner u.a. in den Carometallwerken Enzesfeld (Betriebsratsobmann Franz Rauch), in der St. Pöltner Glanzstofffabrik (Heinrich Kleinbauer), bei Brown-Boveri Wiener Neudorf (Adolf Ruzicka, ab 1973 Robert Lehner) und in der Brunner Glasfabrik (Friedrich Janik) errungen.²

Bemerkenswert ist auch das Ergebnis bei Elin-Union in Weiz in der Steiermark, wo 1972 eine Steigerung von 191 auf 729 Stimmen und damit von zwei auf sieben Mandate gelang. Die SP-Fraktion wurde von 13 auf acht Mandate reduziert. Bei Böhler-Kapfenberg steigerte sich die GE im selben Monat von 142 auf 947 Stimmen und von null auf vier Mandate. Bei der Alpine Donawitz wanderten zwei Mandate von der sozialdemokratischen Fraktion zur GE, die 1.697 Stimmen (bisher 1.443) und acht Mandate erhielt – gegenüber 2.396 Stimmen (zwölf Mandate) für die SPÖ.³ Im Radentheiner Magnesitwerk in Kärnten wurde Rupert Kössler zum Betriebsratsobmann gewählt, nachdem sich die GE von 244 auf 429 Stimmen (fünf statt bisher zwei Mandate) gesteigert und die SPÖ ihre absolute Mehrheit verloren hatte.⁴

Gesamtstatistiken über die damals im Zweijahresintervall stattfindenden Betriebsratswahlen sind insofern schwierig zu erstellen, als in den verschiedenen Betrieben nie zum selben Zeitpunkt gewählt wurde. Es ist also immer nur ein Vergleich einer abgrenzbaren Anzahl von Betrieben zur dortigen Wahl zwei Jahre zuvor möglich. Bei der Betriebs-

ratswahlrunde der Jahre 1971/72 bilanzierte die KPÖ einen Anstieg von 17.627 auf 25.759 Stimmen in 178 Betrieben. Dies bedeutete eine Steigerung von 271 auf 406 Mandate.⁵ Bei der Runde 1972/73 erhielt die GE 41.557 Stimmen in 232 Betrieben und 77 Dienststellen, wobei 718 Mandate – 568 Betriebsräte und 150 Personalvertreter – errungen werden konnten.⁶ Vergleicht man diese Zahlen mit den in der Betriebsratswahlrunde 1968/69 erhaltenen 20.625 Stimmen in 170 Betrieben und den damals gewonnenen 342 Mandaten,⁷ so wird der Aufschwung der GE deutlich. Zu berücksichtigen ist dabei, dass etwa ein Drittel der GE-KandidatInnen Parteilose und linke SozialistInnen waren, also nicht alle Mandate für die KPÖ zu reklamieren sind.⁸

1974 musste sich die GE aufgrund von Namensstreitigkeiten im Gefolge der „Parteikrise“ der KPÖ in den Jahren nach 1968 in *Gewerkschaftlicher Linksblock* (GLB) umbenennen. Bei den Eisenbahnerwahlen im Dezember 1973 hatte die mit der KPÖ verbundene Gewerkschaftsfraktion erstmals unter der Bezeichnung *Linksblock* kandidiert. Dieser konnte sich von 4.785 auf knapp 5.236 Stimmen (also um zehn Prozent) steigern und von zwei auf drei Mandate in den Personalausschüssen der Direktionen Linz, Innsbruck und Villach. Die Anzahl der Vertrauensmänner stieg von 59 auf 79 (von denen 47 der KPÖ als Mitglied angehören).⁹ Bei den Wiener Gemeindebediensteten gab es 1974 fast eine Verdoppelung der Stimmen (von 986 auf 1.924 Stimmen bzw. von sechs auf 18 Mandate).¹⁰ Bei den Postbediensteten betrug der Zuwachs 31 Prozent (von 881 auf 1.158 Stimmen, zehn Mandate in sechs Dienststellen).¹¹ Bei den Arbeiterkammerwahlen im September 1974 erreichte der GLB 29.281 Stimmen und damit um ca. 3.000 mehr als die GE im Jahr 1969. Der prozentuelle Anteil

	1968/69		1971/72		1974/75		1977/78	
Wien	GE	SPÖ	GE	SPÖ	GLB	SPÖ	GLB	SPÖ
ÖAF (Austro Fiat)	367/6	276/5	596/10	205/3	536/9	165/2	531/8	194/3
Bau-Montage ÖMV	221/5	83/1	241/4	112/2	259/5	89/2	203/4	93/2
Hübner-Vamag	n.k.	300/8	158/4	156/4	202/5	88/2	205/5	82/2
Elin-Union	292/5	523/9	289/4	803/10	195/2	875/12	168/2	911/12
Niederösterreich								
Brown-Boveri Vösendorf	197/4	136/3	266/6	108/2	212/6	104/2	249/6	78/2
VAWD St. Aegydt	43/0	438/8	101/1	356/7	97/1	353/7	71/1	344/7
Alpine Traisen	262/4	529/8	343/5	489/7	275/4	664/9	273/4	650/9
Schoeller-Bleckmann Ternitz	183/1	2.788/17	263/1	2.702/17	121/0	3.021/19	168/1	2.862/18
Böhler Ybbstal (VEW)	242/4	1.012/20	294/4	903/19	188/2	835/11	239/3	699/9
VA Hütte Krems	116/1	713/11	166/2	791/12	68/1	955/13	187/2	903/12
Caro Enzesfeld	298/6	128/2	308/6	108/2	199/4	125/3	204/5	115/2
Glanzstoff St. Pölten	503/8	368/5	537/7	420/6	548/8	332/5	278/4	417/7
Voith St. Pölten	257/3	836/11	424/5	789/9	346/4	790/10	205/2	901/12
ÖMV Matzen	211/3	593/8	189/2	542/8	140/2	557/8	164/2	633/8
Brunner Glasfabrik	444/8	53/1	395/8	27/0	478/9	40/0	243/6	n.k.
Semperit Traiskirchen	343/2	2.496/16	449/2	3.028/18	148/0	3.675/21	164/0	3.464/21
Semperit Wimpasing	296/1	2.599/16	399/2	2.066/14	173/1	1.993/15	181/1	1.632/14
Bunzl & Biach Ortmann	125/2	682/11	131/2	680/12	126/2	773/12	182/3	526/8
Steiermark								
Alpine Donawitz	1.443/6	3.075/14	1.697/8	2.396/12	987/5	3.584/18	1.070/5	3.166/17
Alpine Zeltweg	141/1	1.148/14	425/5	905/10	287/3	1.171/13	336/3	1.216/13
Alpine Kindberg	185/2	847/12	345/4	k.A.	88/1	k.A.	n.k.	931/14
Alpine Eisenerz	239/1	1.792/14	449/3	1.319/11	120/1	1.411/13	72/0	1.343/14
Alpine Fohnsdorf	190/2	1.138/12	358/4	773/10	150/2	830/12	59/1	228/6
Puch Graz	803/5	k.A.	1.160/6	k.A.	726/4	2.769/16	564/3	2.318/16
Böhler Kapfenberg (VEW)	142/0	5.850/25	947/4	4.647/20	184/0	5.070/25	110/0	5.262/25
Felten & Guilleaume	205	1.033/12	307/3	988/11	91/1	1.149/13	168/2	899/12
Schoeller-Bl. Mürzzuschlag	200/1	1.544/13	260/2	1.296/12	58/0	1.592/15	225/2	1.131/12
Austro Email Knittelfeld	62/1	332/7	101/2	308/6	126/2	373/7	79/1	297/7
Elin-Union Weiz	191/2	1.371/13	729/7	792/8	n.k.	k.A.	n.k.	1.546/16
Vogel & Noot Wartberg	172/3	538/10	193/3	458/9	105/2	495/9	93/1	480/9
weitere Bundesländer								
Steyr-Werke	277/1	5.510/23	391/1	6.395/25	259/1	6.759/29	232/1	6.166/28
VÖEST Linz	1.153/3	9.635/31	1.335/4	9.939/32	650/2	12.722/46	888/3	10.004/38
Solvay Ebensee	76/1	277/6	134/3	212/4	81/1	250/6	105/2	217/5
Wolfsegg-Traunthaler Kohle	72/1	601/10	105/1	447/8	61/1	528/8	134/2	403/7
Magnesit Radenthein	244/2	992/11	429/5	611/7	163/2	906/11	79/1	907/12
BBU Bleiberg	145/3	308/6	136/3	270/5	91/1	343/7	79/1	303/7
Jenbacher Motorenwerke	106/1	285/5	131/2	152/2	99/2	462/9	88/1	393/7

Ausgewählte Ergebnisse bei Betriebsratswahlen: GE/GLB und SP-Fraktion (FSG) im Vergleich (Stimmen/Mandatszahl)

ging jedoch leicht zurück, weshalb die Mandatszahl von elf auf zehn sank.¹²

Wichtige Rahmenbedingungen dieses Aufschwungs waren die SPÖ-Alleinregierung ab 1971 sowie Inflation und Teuerung als Hupterscheinungen der damaligen kapitalistischen Entwicklung. Angesichts der Rekordhöhen erreichenden Teuerung gewann der Lohnkampf in den frühen 1970er Jahren massiv an Bedeutung. In den Jahren zuvor hatte es bei gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfen beinahe einen Stillstand gegeben. Jetzt aber wurde den ArbeiterInnen und Angestellten klar, dass es ohne höhere Löhne nicht möglich sein werde, den Lebensstandard zu halten. Nur Lohnerhöhungen konnten dem Reallohn-

verlust infolge der Teuerung entgegenwirken. Umgekehrt waren Lohnabschlüsse unterhalb der Inflationsrate eine Form, die Lasten der Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen.

Der Aufschwung der Lohnbewegungen in den frühen 1970er Jahren und die damit zusammenhängenden Erfolge der KPÖ bzw. von GE und GLB bei Betriebsratswahlen resultierten auch aus der Enttäuschung über die Kreisky-Regierung, die ihre sozialpolitischen Versprechen weitgehend schuldig geblieben war. Selbst in den Reihen der SPÖ gab es eine gewisse Ernüchterung darüber, dass trotz der absoluten Mehrheit der Partei tiefgreifende Veränderungen ausgeblieben waren. Ungeachtet ih-

rer absoluten Mehrheit hielt die SPÖ an den sozialpartnerschaftlichen Spielregeln fest und setzte die unsoziale Steuerpolitik der ÖVP-Alleinregierung fort. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären wurde die Illusion verbreitet, der Kapitalismus habe sich grundlegend gewandelt bzw. es könne gar nicht mehr vom Kapitalismus gesprochen werden. In dieser Sicht gehörten Ausbeutung und Wirtschaftskrisen der Vergangenheit an; die Sozialpartnerschaft wurde als Garantie für eine Dauerkonjunktur ausgegeben.

Aktive Lohnpolitik

Die KPÖ forderte angesichts der massiven Teuerung eine aktive Lohnpolitik,



Im April 1972 übergab eine Delegation von KPÖ, GE und befreundeter Organisationen mehr als 85.000 Unterschriften an Bundeskanzler Kreisky und Finanzminister Androsch, die sie für eine sozial gerechte Lohnsteuerreform gesammelt hatten.

also Lohnerhöhungen auf Kosten der Unternehmerprofite, und konnte damit in der ArbeiterInnenschaft ein gewisses Terrain zurückgewinnen. KPÖ und GLB stellten in ihrer Lohnpolitik vier Grundsätze auf:¹³

1.) Möglichst kurze Laufzeiten der Kollektivverträge, denn je länger die Laufzeit in Zeiten der Inflation war, desto größer war der Kaufkraftverlust.

2.) Volle Abgeltung der Teuerung als Überbrückung für die bisherigen Preissteigerungen. Dieser Grundsatz war verbunden mit der Forderung nach einem Preisstopp für alle lebenswichtigen Waren und für die Mieten.

3.) Volle Abgeltung der gestiegenen Produktivität. In jenen Jahren herrschte Hochkonjunktur, was zu gewaltigen Gewinnen der Unternehmen führte. Die Reallöhne waren aber gegenüber den Produktivitätssteigerungen zurückgeblieben.

4.) Die Löhne sollten auf Kosten der Profite steigen. Lohnerhöhungen sollten sich also nicht auf die Abgeltung der Teuerung und auf die Produktivitätssteigerung beschränken, sondern sie sollten auch zu einer Vergrößerung des Anteils der ArbeiterInnen und Angestellten am wachsenden Sozialprodukt auf Kosten der Profite führen. Es ging also um eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der arbeitenden Menschen, um eine Steigerung des Anteils der Löhne am Volkseinkommen.

Eine wichtige Initiative der KPÖ im Kampf gegen die Teuerung war das Eintreten für eine Lohnsteuerreform. Im Frühjahr 1972 wurden zu diesem Zweck in Betrieben und Büros mehr als 85.000 Unterschriften gesammelt, die Ende April dieses Jahres dem Bundeskanzler und Finanzminister übergeben wurden.¹⁴ Im Februar 1974 wurden in etwa 30 Großbetrieben auf Initiative von KPÖ und GLB Betriebsratsbeschlüsse gefasst,

die sich gegen die Lohnsteuerpolitik von Regierung und Sozialpartnern richteten und für eine soziale Steuerreform eintraten. Solche Beschlüsse gab es nicht nur in Mehrheitsbetrieben – also in solchen Betrieben, wo die GE bzw. der GLB die Mehrheit stellte, etwa bei Austro Fiat, in der Brunner Glasfabrik oder bei Enzesfeld Caro –, sondern auch in Großbetrieben mit sozialdemokratischer Betriebsratsmehrheit, etwa in der Alpine Donawitz, bei Böhler-Kapfenberg, Voith in St. Pölten, Steyr-Daimler-Puch, in der VÖEST Linz und den Jenbacher Motorenwerken in Tirol.¹⁵

Der von der KPÖ geforderten aktiven Lohnpolitik stand die sozialpartnerschaftlich orientierte Lohnpolitik der Gewerkschaften gegenüber, also die Tatsache, dass der ÖGB nicht auf eine aktive, sondern auf eine „umsichtige“ Lohnpolitik setzte. Demgemäß kritisierten KPÖ und GE/GLB das Zurückweichen des ÖGB vor den Unternehmern. Wie schon in den Jahren davor (und auch danach) wurde der ÖGB seiner Rolle als Interessenvertretung der arbeitenden Menschen im Kampf gegen die Teuerung und für höhere Löhne und Gehälter kaum gerecht, sondern war vielmehr ein Organ der Sozialpartnerschaftspolitik. Der ÖGB fungierte als Ordnungsmacht, um die ArbeiterInnenschaft vor Aktionen zurückzuhalten.

1972 errechneten KPÖ und GE, dass eine 18- bis 20-prozentige Ist-Lohnenerhöhung notwendig war, um eine Realloohnerhöhung zu erreichen. Tatsächlich betrugen die Lohnerhöhungen aber durchschnittlich nur etwa zehn Prozent, was angesichts der Teuerung keine Reallohnwinne zur Folge hatte.¹⁶ Das ist der Hauptgrund dafür, warum die KPÖ auf innerbetriebliche Lohnkämpfe setzte. Das Ziel bestand darin, dass sich die ArbeiterInnen in den Betrieben das zurück-

holen, was ihnen bei den Kollektivvertragsverhandlungen vorenthalten wurde.

Anfang der frühen 1970er Jahre gab es eine Vielzahl an Protestaktionen und Lohnbewegungen in den Betrieben. Bereits im Sommer 1970 wurden eine ganze Reihe von Kampfmaßnahmen gesetzt, die zur Durchsetzung innerbetriebliche Lohnforderungen führten, etwa bei der Alpine Donawitz, bei Böhler-Ybbstal, bei Elin-Union in Weiz und Wien, im Aluminiumwerk Ranshofen, im Feinstahlwerk Traisen, bei Puch Graz usw.¹⁷ Im Oktober 1972 streikten die Straßenbahner der Wiener Hauptwerkstätte vier-einhalb Stunden lang für eine Teuerungsabgeltung, die nächsten waren die Erzbergerarbeiter, die Reisebüroangestellten und die Eisenbahner in Linz. In den Wintermonaten 1972/73 gab es Arbeitsniederlegungen in den Gusstahlwerken in Judenburg, in der ÖBB-Hauptwerkstätte in Linz, in der Stadlauer Lederfabrik und bei Puch in Graz.¹⁸

Von April bis Juli 1973 folgte eine Steigerung dieser Bewegungen für eine Teuerungsabgeltung und eine Lohnerhöhung. Einzelne Metallbetriebe forderten beispielsweise – wie auch die GE – eine 20-prozentige Lohnerhöhung.¹⁹ Ein Beispiel für eine erfolgreiche Lohnbewegung aus diesem Jahr ist die Glanzstofffabrik in St. Pölten, wo es der kommunistischen Betriebsratsmehrheit gelang, im Rahmen eines innerbetrieblichen Lohnabschlusses eine monatliche Abgeltung der Teuerung und eine innerbetriebliche Lohnerhöhung durchzusetzen.²⁰

Streik bei Böhler-Ybbstal 1973

Die größte Rolle in der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der KPÖ spielten der Böhler-Streik im Jahr 1973 und der Hukla-Streik im Jahr 1974. In beiden Fällen handelte es sich um innerbetriebliche Streikbewegungen, bei denen eine



Das Streikkomitee aller drei Betriebe der Böhler-Ybbstalwerke im Juni 1973.

Erhöhung des Stundenlohns gefordert wurde. Sowohl bei Böhler als auch in der Firma Hukla ging es nicht nur um eine Auseinandersetzung zwischen Belegschaft und Betriebsleitung, sondern es spielte auch der sozialpartnerschaftliche Mechanismus eine entscheidende Rolle, machten doch letztlich die sozialdemokratische Betriebsratsmehrheit bzw. die Gewerkschaftsbürokratie mit den Unternehmern gemeinsame Sache gegen die aufbegehrende Belegschaft. Aus der Sicht der KPÖ handelte es sich demgemäß nicht nur um Streiks für betriebliche Forderungen, sondern auch um Streiks gegen die Sozialpartnerschaft.

Der zweieinhalbwöchige Streik bei Böhler-Ybbstal fand im Juli 1973 statt,²¹ am Höhepunkt der damaligen Bewegung gegen die Teuerung und für höhere Löhne. Bereits 1970 war bei Böhler-Ybbstal gestreikt worden.²² Die Gründe für den damaligen Streik waren dieselben, die auch 1973 ausschlaggebend waren: Die Löhne bei den drei Böhler-Werken im Ybbstal waren gegenüber dem Böhler-Hauptwerk in Kapfenberg zurückgeblieben und auch um etwa 3 Schilling pro Stunde niedriger als in vergleichbaren Metallbetrieben in der Umgebung (wie etwa der Alpine St. Aegyd). Vor diesem Hintergrund forderte die Belegschaft eine betriebliche Lohnerhöhung in der Höhe von 2,50 Schilling zwecks Angleichung an das Branchenniveau.

Unmittelbarer Auslöser des Streiks war jedoch nicht die Weigerung der Direktion, eine solche Lohnangleichung zuzugestehen. Ausschlaggebend waren vielmehr die antidemokratischen Methoden und die fehlende Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit. Die SPÖ-Betriebsratsobmänner

ner der drei Böhler-Werke im Ybbstal verhandelten drei Monate lang geheim, also hinter verschlossenen Türen, mit der Direktion über die Lohnforderung von 2,50 Schilling. Bereits im Juni 1970 hatte der wenig zufriedenstellende Lohnabschluss, den die SPÖ-Betriebsratsobmänner geheim mit der Direktion ausverhandelt hatten, bei der Belegschaft für Empörung und eine spontane Arbeitsniederlegung gesorgt. Als die Betriebsratsobmänner jeden Bericht über das Ergebnis der seit März 1973 laufenden Verhandlungen verweigerten, legten die Arbeiter in einem der drei Werke spontan die Arbeit nieder.

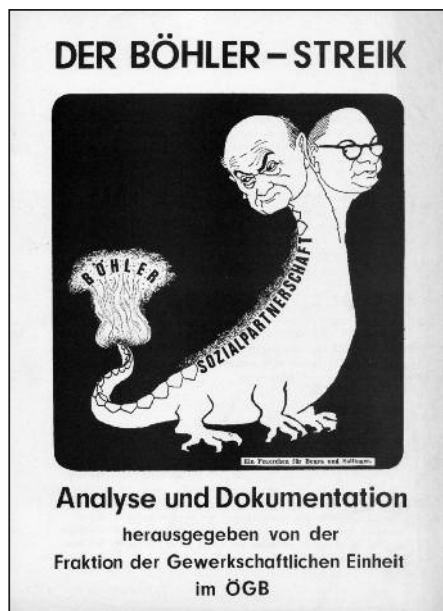
Erst in Reaktion auf diese Protestaktion gaben die Betriebsratsobmänner in einer Berichtsversammlung bekannt, dass sie statt der geforderten 2,50 nur 1,24 bis 1,70 Schilling ausverhandelt hatten. Daraufhin stimmten am 26. Juni (Böhlerwerk, Gerstlwerk) bzw. am 28. Juni (Bruckbach) die 1.300 Arbeiter der drei Werke von Böhler-Ybbstal in Urabstimmungen für die unbefristete Fortsetzung des Streiks. Adressat der Lohnforderungen war damit in erster Linie gar nicht die Unternehmensleitung, sondern die Betriebsrat und damit die eigene Interessenvertretung. Angesichts der bisherigen Erfahrungen mit den SPÖ-Betriebsratsobmännern wurde ein Streikkomitee gewählt mit Franz Pabst (Gerstlwerk) an der Spitze, das mit der Weiterführung der Lohnverhandlungen beauftragt wurde.

Als am 2. Juli in Wien solche Verhandlungen zwischen Vertretern des Streikkomitees, den Betriebsratsobmännern und der Böhler-Generaldirektion stattfanden, zeigte sich die Firmenleitung des verstaatlichten Böhler-Konzerns

nicht weniger arbeiterfeindlich als ein Unternehmer eines Privatbetriebs. Obwohl damals in der Edelstahlbranche Hochkonjunktur herrschte – der Konzernumsatz von Böhler steigerte sich um acht Prozent auf 5,4 Milliarden Schilling²³ –, wurden die Lohnforderungen hartnäckig abgelehnt. Am 6. Juli beschlossen die Arbeiter in einer Betriebsversammlung die Weiterführung des Streiks. In einem der drei Werke (Bruckbach) wurde der Streik beendet und die Arbeit am 7. Juli wieder aufgenommen.

Eine wichtige Rolle beim Böhler-Streik spielte die damalige Betriebszeitung der KPÖ (*Der Böhlerianer*), mit der die KPÖ bzw. die GE organisierend in den Streik eingreifen konnte. Insgesamt gab es diesen Jahren etwas mehr als 100 Betriebszeitungen von KPÖ und GE/GLB,²⁴ die sowohl zu allgemeinpolitischen, vor allem aber zu innerbetrieblichen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Fragen Stellung nahmen. Die KPÖ organisierte Solidaritätsbekundungen aus etwa hundert Betrieben und sammelte Spenden zur Unterstützung der Streikenden. In der Tatsache, dass in 50 Betrieben knapp 65.000 Schilling gesammelt werden konnten,²⁵ kommt zum Ausdruck, dass die politische Bedeutung dieses Streiks weit über den innerbetrieblichen Rahmen hinausragte.

Die Gewerkschaft und ihr Zentralsekretär Sepp Wille lehnten die Anerkennung des Streiks von Beginn ab,²⁶ es handelte sich also um einen „wilden“ Streik. Damit waren die Lohnausfälle für die Arbeiter nach mehr als zwei Wochen beträchtlich. Die SPÖ-Betriebsratsobmänner veröffentlichten ein Flugblatt mit der Forderung, den Streik abubrechen. Hierin wurde der Streik als eine „von Kommunisten eingefädelte politische Aktion“ verunglimpft und behauptet, dass das Streikkomitee „die Belegschaft verantwortungslos in einen aussichtslosen Arbeitskonflikt hineingehetzt“ habe.²⁷ Am 10. Juli, nach zwei Wochen Streik, drohte die Direktion den Arbeitern mit einer Abmeldung von der Sozialversicherung und kündigte damit die Aussperrung der Belegschaft an. In dieser Situation beschloss das Streikkomitee, die Arbeit am 12. Juli wieder aufzunehmen, denn es war offensichtlich, dass sich die Belegschaft gegen die ablehnende Haltung von Betriebsrat, Gewerkschaft und Firmenleitung nicht durchsetzen werde können. Die Arbeiter des Gerstlwerks und Böhlerwerks folgten am 11. Juli in einer Urabstimmung dieser Empfehlung. Der Streik endete



Dokumentation der GE über die Streikbewegung bei Böhler-Ybbstal (1973)

damit mit keinem Erfolg, sondern musste abgebrochen werden, ohne die Forderung nach 2,50 Schilling Lohnerhöhung durchgesetzt zu haben. In einem Flugblatt der GE wurde analysiert: „Der Umfaller der SP-Betriebsräte, die Verweigerung der Solidarität der Gewerkschaftsfunktionäre und der Druck der Werksleitung hat [...] dazu geführt, dass die Arbeit wieder aufgenommen wurde.“²⁸ Der Obmann des Streikkomitees Franz Pabst trat am 8. August 1973, wenige Wochen nach Streikende, aus der SPÖ aus und zur GE und KPÖ über.²⁹

Hukla-Streik 1974

Obwohl das Hukla-Werk in Wien ein wesentlich kleinerer Betrieb war als Böhler-Ybbstal, erlangte auch der dortige Streik im Jahr 1974 eine überregionale und politische Bedeutung. Der Hukla-Streik dauerte vier Wochen und zählt damit zu den längsten Ausständen in der Zweiten Republik.³⁰ Er ist ein weiteres Beispiel für die Brutalität des Unternehmers und für die sozialpartnerschaftliche Rolle des ÖGB.

Hukla ist eine westdeutsche Polstermöbelfirma, die Anfang der 1970er Jahre in Oberlaa im 10. Wiener Gemeindebezirk eine Fabrik eröffnete. Hier arbeiteten 110 ArbeiterInnen, vier Fünftel davon Frauen und mehr als die Hälfte ausländische Arbeitskräfte. Hintergrund des Streiks war die Weigerung von Direktor Erwin Neumeister, einen Akkordvertrag abzuschließen und den bereits ausverhandelten Kollektivvertrag einzuhalten. Er bot statt der ausverhandelten 14,62 Prozent nur 11,2 Prozent Erhöhung. Als die Belegschaft darauf mit passiver Resi-

stenz reagierte, wurden sechs ArbeiterInnen entlassen. Diese Maßnahme war der unmittelbare Auslöser für den Streik. Die Belegschaft erklärte sich solidarisch und verlangte die Rücknahme der Entlassungen. Nach der Weigerung des Direktors wurde am 27. Mai 1974 einstimmig der Streik beschlossen. Damit ging es beim Hukla-Streik von Beginn an nicht nur um die Lohnforderung, sondern auch um die Rücknahme von Maßregelungen. Als Reaktion auf den Streikbeschluss entließ der Direktor am 10. Juni auch die vier Betriebsräte und weitere 26 ArbeiterInnen.

Der Direktor versuchte die Produktion mit jugoslawischen GastarbeiterInnen fortzuführen, die große Mehrheit von ihnen war aber nicht bereit, als StreikbrecherInnen zu arbeiten. Es wurden Streikposten aufgestellt und die Ein- und Ausfahrt von Lieferwägen blockiert. Der weitere Verlauf der Streikbewegung verdeutlicht die scharfmacherischen Methoden des Unternehmers: Als beim Einigungsamt um die Zustimmung zur fristlosen Entlassung der Betriebsräte ersucht werden musste, warf ihnen der Direktor nicht Streik vor, sondern Hausfriedensbruch, Nötigung, Erpressung, gefährliche Drohung und Einschränkung der persönlichen Freiheit. In Reaktion auf diese Anschuldigungen leitete der Vorsitzende des Einigungsamts den Akt an die Staatsanwaltschaft weiter. Eine Anklagerhebung wäre also darauf hinausgelaufen, Streik schlechthin als kriminelles Delikt anzusehen.

Im Unterschied zum Böhler-Streik unterstützte die Gewerkschaft zwar zunächst die Protestbewegung, allerdings um sie zu kontrollieren und in geordneten Bahnen zu halten. Im Verlauf des Streiks entzog die Gewerkschaft den ArbeiterInnen allerdings ihre Unterstützung, setzte die Streikenden und Betriebsräte unter Druck und würgte den Streik letztlich ab. Die Gewerkschaft der Bau-Holzarbeiter begann mit Direktor Neumeister, der Mitglied der SPÖ war, zu verhandeln und vereinbarte mit ihm, dass dieser seine Anzeige zurückziehen werde, sofern die Betriebsräte und die sechs entlassenen ArbeiterInnen freiwillig aus dem Betrieb ausscheiden. Die Entlassung sollte also in eine einvernehmliche Auflösung der Dienstverhältnisse umgewandelt werden.³¹ Diese erpresserische Einigung vom 20. Juni wurde den Betriebsräten zur Zustimmung vorgelegt. Sie wurden von der Gewerkschaft damit unter Druck gesetzt, dass ihnen sonst eine Schadenersatzklage in Millionenhöhe ins Haus stünde und ihnen im schlimmsten Falle

sogar fünf Jahre Kerker drohen würden. Tatsächlich war es aber so, dass es ohnehin im Verantwortungsbereich der Staatsanwaltschaft lag, Anklage zu erheben oder nicht, denn eine deponierte Strafanzeige ist – ungeachtet der Vereinbarung der Gewerkschaft mit dem Direktor – nicht widerrufbar. Letztlich hat die Staatsanwaltschaft keine Anklage erhoben. Das Verfahren gegen die Betriebsräte wurde eingestellt.³² Für die Betriebsräte stellten jedoch die Strafandrohung und die Ankündigung der Gewerkschaft, sie müssten selbst die Kosten des Streiks bezahlen, eine massive Einschüchterung dar. Angesichts dieses Drucks stimmten die Betriebsräte der von der Gewerkschaft bereits fertig unterschriebenen Vereinbarung zu.

Der Hukla-Streik endete damit mit einer völligen Niederlage. Auch die gekündigten ArbeiterInnen, die wieder eingestellt werden sollten, kehrten mit einer einzigen Ausnahme nicht in die Fabrik zurück. Es gab also auch nach Abschluss des Kampfes „eine mustergültige Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Streikenden“, wie die KPÖ resümierte.³³ Wie schon der Böhler-Streik wurde auch der Hukla-Streik in einer Aussendung der Gewerkschaft als kommunistische Aktion denunziert, obwohl die vier Betriebsräte auf einer SPÖ-Liste gewählt worden waren und – mit Ausnahme einer parteilosen Betriebsrätin – der SPÖ auch als Mitglied angehörten. Der Betriebsratsobmann Ernst Stadler und seine Stellvertreterin Brigitte Pfister traten jedoch nach dem Streik aus der SPÖ aus und riefen bei den bevorstehenden AK-Wahlen zur Stimmabgabe für den GLB auf.³⁴

Sowohl der Böhler-Streik als auch der Hukla-Streik fanden gegen den Willen der ÖGB-Führung statt. Im Falle des Böhler-Streiks kritisierte die KPÖ ein Zusammenspiel zwischen der Direktion auf der einen und SPÖ-Betriebsratsmehrheit und Metallarbeitergewerkschaft auf der anderen Seite. Der Streik richtete sich nicht nur gegen die Betriebsleitung zur Durchsetzung von Lohnforderungen, sondern auch gegen die Päckerei der Betriebsräte mit der Firmenleitung, gegen die Ausschaltung der Belegschaft von jeder Mitbestimmung. Beim Hukla-Streik verhandelte die Gewerkschaftsführung auf höchster Ebene mit dem Unternehmerverband und fiel den Betriebsräten und Streikenden in den Rücken, um die Sozialpartnerschaft nicht zu gefährden.

Die Gewerkschaftsführung verweigerte dem Böhler-Streik vor allem deshalb



Streikposten vor der Firma Hukla in Wien-Favoriten, 1974.

die Anerkennung, weil sie angesichts der bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen innerbetriebliche Lohnkämpfe vermeiden wollte. Jede Vorbildwirkung für andere Betriebe sollte unterbunden werden. Während die KPÖ die Betriebe und Gewerkschaften als den geeignetsten Boden für außerparlamentarische Kämpfe ansah und sie mit GE bzw. GLB darum bemüht war, als organisierender Faktor bei innerbetrieblichen Lohnbewegungen aktiv zu werden, ging es den Gewerkschaftsfunktionären vor allem darum, bei Betriebsversammlungen Beruhigungsspillen zu verabreichen und ein Übergreifen der Lohnbewegung auf andere Betriebe zu verhindern. Dies ist auch im europäischen Vergleich bemerkenswert: In den meisten westeuropäischen Ländern gab es in den frühen 1970er Jahren ausgedehnte Lohnkämpfe und Streiks, etwa in Frankreich, Italien oder auch in der Bundesrepublik Deutschland, der ÖGB hingegen konnte weiterhin stolz darauf sein, dass Österreich das Land mit den geringsten Streikstunden blieb.

Betriebsterror

Neben den innerbetrieblichen Streikbewegungen war ein zweiter Gesichtspunkt prägend für die damalige Betriebspolitik und Gewerkschaftsarbeit der KPÖ: die verstärkte Maßregelung kommunistischer und linker ArbeiterInnen und Betriebsräte durch die Direktionen, nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch bzw. vor allem in der verstaatlichten Industrie. Charakteristisch dafür ist das Beispiel von Rudolf Dörtl und Karl Daubrawa, die im Elin-Werk in Wien-Stadlau zu Betriebsräten gewählt worden

waren. Das Werk wurde jedoch zur Jahresmitte 1972, während ihrer Funktionsperiode als Betriebsrat, aufgelassen und die Werke Stadlau, Ottakring und Floridsdorf zusammengelegt. Der Schlosser Rudolf Dörtl und der Elektriker Karl Daubrawa wurden ins Elin-Werk in der Brünner Straße in Floridsdorf versetzt und gleich danach gekündigt – ohne Angabe von Gründen, also offensichtlich aus politischen Motiven. Beide waren zuvor gegen eine Fusionierung der Elin-Union mit den Wiener Starkstromwerken (früher Siemens) und gegen eine Verflechtung mit dem Siemens-Konzern in der BRD aufgetreten. Es gab zwar eine Vereinbarung zwischen Direktion und Zentralbetriebsrat, dass die Betriebsräte bis zur Neuwahl eines neuen Gesamtbetriebsrats in ihrer Funktion bleiben sollten, die Betriebsleitung stand nun aber auf dem Standpunkt, dass die Betriebsratsmandate mit der Schließung des Werks erloschen seien.³⁵ Der politische Hintergrund dieser Maßnahme wurde offenkundig, als die verstaatlichte Elin-Union AG in ihrem Schriftsatz an das Arbeitsgericht Dörtl und Daubrawa vorwarf, sie hätten wiederholt Zeitungen verteilt, deren Inhalt sich gegen die Betriebsleitung gerichtet habe. Dörtl habe „wiederholt Unruhe in den Betrieb hineingebracht“ und damit „einen normalen Arbeitsablauf gefährdet“, wie in der Berufungsmittelung zu lesen war. Aufgrund seiner Agitation habe es einen mehrtägigen Streik in einer Abteilung gegeben, und dies stelle eine „Untreuehandlung und beharrliche Pflichtvernachlässigung“ dar.³⁶ Dörtl arbeitete nach seiner Entlassung im Sekretariat der Wiener Stadtleitung der KPÖ, wo er

für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zuständig war, und wurde 1981 Sekretär des GLB in der Metallarbeitergewerkschaft.³⁷ Auch Daubrawa war danach hauptberuflich im Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der Wiener Stadtleitung tätig.³⁸

Ein drastisches Beispiel für solchen „Betriebsterror“ stellt die Elin-Union Weiz in der Steiermark dar, wo sich die GE 1972 von zwei auf sieben Mandate hatte steigern können. Ein Faktor für diesen Wahlsieg war die fristlose Entlassung des dissidenten SP-Betriebsrats Vinzenz Knoll im Jahr 1970, bei der die GE auf seiner Seite gestanden war. Knoll hatte zuvor 1969 auf einer eigenen Namensliste gegen die SPÖ kandidiert und sechs der 15 Mandate erhalten (sieben SPÖ, zwei GE), worauf er im September 1970 aufgrund eines konstruierten Vorwands entlassen wurde. Zum Anlass genommen wurde eine angebliche „erhebliche Ehrverletzung“ im Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem Werkmeister, nachdem sich Knoll dafür eingesetzt hatte, dass Arbeiter ihr Schichtende sechs Minuten vorverlegen können, um rechtzeitig einen Autobus zu erreichen. In Reaktion auf die Entlassung von Knoll kam es zu einem dreitägigen Streik, der von der Gewerkschaft nicht anerkannt wurde.³⁸ Die SPÖ wurde bei den Betriebsratswahlen im Jahr 1972 für die Maßregelung dieses engagierten Betriebsrats abgestraft, und die freigegebenen Mandate der Knoll-Liste gingen nicht an die SPÖ, sondern an die GE. In Reaktion darauf erzwang die SPÖ schon ein Jahr später vorgezogene Neuwahlen des Betriebsrats. Die Mitarbeiter des Betriebs wurden derart unter Druck gesetzt und eingeschüchtert, dass die GE – die immerhin sieben der insgesamt 15 Mandate innehatte – nicht einmal mehr die 30 notwendigen Unterstützungserklärungen für eine Kandidatur 1973 aufbringen konnte.³⁹

Weitere Beispiele von Maßregelungen kommunistischer Betriebsräte sind die Entlassung von Robert Eichinger aus der Druckerei Elbemühl in Wien (1972), von Anton Eichberger (Ersatzbetriebsrat) bei der Alpine Donawitz in der Steiermark (1972) oder des Betriebsrats Katzlberger im Eternitwerk Hatschek im oberösterreichischen Vöcklabruck (1975), der bei den Betriebsratswahlen die Anzahl seiner Mandate von eins auf fünf erweitert hatte und sich anschickte, die SPÖ zu überholen. Eichinger und Katzlberger wurde angelastet, dass sie während der Arbeitszeit ihre Aufgaben als Betriebs-

räte wahrgenommen hatten.⁴⁰ Bei Eichberger wurde ein Unfall, bei dem kein Fremdverschulden vorlag, zum Vorwand genommen für seine Entlassung.⁴¹

Im April 1976 wurde der Metallarbeiter Gerhard Valland, ein qualifizierter Facharbeiter bei Böhler-Kapfenberg (seit diesem Jahr zu den Vereinigten Edelstahlwerken VEW gehörig) und von 1972 bis 1975 Betriebsrat des GLB, mit Zustimmung des sozialdemokratischen Betriebsratsobmanns auf einen Hilfsarbeiterposten versetzt und in die niedrigere Hilfsarbeiterlohngruppe zurückgestuft. Auch in seinem Fall ging es um den undemokratischen Versuch der Einschüchterung und der Einschränkung der Meinungsfreiheit im Betrieb. Valland veröffentlichte ein Tagebuch seiner politisch motivierten Diskriminierung, aus dem hervorgeht, mit welchen Einschüchterungen und Drohungen er seit 1972 bis zu seiner Versetzung konfrontiert war, und wie viele Versuche es gab, den engagierten Betriebsrat mundtot zu machen.⁴² Es gab in diesen Fällen auch Interventionen beim ÖGB-Präsidenten Anton Benya, bei Bundeskanzler Bruno Kreisky als Eigentümervertreter und bei den Generaldirektoren der großen verstaatlichten Betriebe. Es konnte dadurch jedoch keine Wiedereinstellung der Gemaßregelten oder eine Rückversetzung bewirkt werden.⁴³ Valland, der von 1975 bis 1979 Arbeiterkammerrat war, schied schließlich aus dem Betrieb aus und war von 1979 bis 1990 als Landessekretär der KPÖ Steiermark tätig.

Ein bekanntes Beispiel für politische Diskriminierung und Betriebsterror aus späteren Jahren ist der Fall der beiden Angestelltenbetriebsräte bei Semperit Kurt Luttenberger und Ernst Zehetbauer, die 1979 aus politischen Gründen von Wien nach Traiskirchen versetzt wurden. Als die beiden im Herbst 1981 auch dort wieder für den Betriebsrat kandidieren wollten, wurde Zehetbauer nach Wien zurückversetzt.⁴⁴

Nun gehörten Maßregelungen von Arbeiterfunktionären immer schon zu den Methoden der Unternehmer und des Bürgertums, um die Arbeiterbewegung zu schwächen. Das Bemerkenswerte an den Beispielen Elin-Union und VEW Kapfenberg ist aber die Tatsache, dass die Maßregelungen hier in verstaatlichten Betrieben mit sozialdemokratischer Betriebsratsmehrheit zur Zeit der SPÖ-Alleinregierung erfolgten. Der SPÖ-Betriebsrat erhob gegen die Entlassungen von Dörtl und Daubrawa nicht einmal einen Einspruch. In keinem der genann-

ten Fälle wurden die Gemaßregelten vom ÖGB unterstützt, vielmehr beteiligten sich die sozialdemokratischen Betriebsräte aktiv am Vorgehen gegen die kommunistischen Kollegen. Der ÖGB agierte damit mehr oder weniger als verlängerter Arm der SPÖ-Alleinregierung.⁴⁵

Unübersehbar ist der Zusammenhang zwischen den damaligen Streik- und Protestbewegungen und den Maßregelungen, also zwischen dem Versagen der Regierung auf dem Gebiet der Preispolitik, der Teuerungswelle und dem damals wachsenden Unmut in den Betrieben. Das Hauptziel der Maßregelungen bestand darin, die Kandidatur der unbequemen Betriebsräte bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen – etwa der drei zusammengelegten Elin-Betriebe – zu verhindern; nicht aus einem einfachen Konkurrenzdenken heraus, sondern aufgrund der Tatsache, dass der GLB die einzige Fraktion war, die die Sozialpartnerschaft in Frage stellte. Der Betriebsterror richtete sich vordergründig gegen linke und kommunistische Betriebsräte, insgesamt ging es aber darum, kritische ArbeiterInnen einzuschüchtern und die Kreisky-Regierung gegen die Unzufriedenheit der Belegschaften abzuschirmen. „Was heute den Betriebsräten bei der ELIN Union-Floridsdorf passierte, kann morgen allen Betriebsräten passieren [...]“, die sich gegen die Politik der SP wenden“, war etwa in einem Flugblatt der GE zu lesen, das am 7. Juli 1972 aus Protest von der Zuschauerbühne des Nationalrats abgeworfen wurde.⁴⁶

Wirtschaftskrise 1974/75

Während KPÖ und GE in der ersten Hälfte der 1970er Jahre an Terrain gewinnen konnten, ging die Dynamik des Aufschwungs ab 1974/75 wieder verloren. Ab dieser Zeit setzte es für die KPÖ wieder ernste Verluste, etwa bei den Nationalratswahlen des Jahres 1975 oder bei den nächsten Runden von Betriebsratswahlen. Bereits bei den AK-Wahlen des Jahres 1974 hatte sich dieser Trend abgezeichnet, als KPÖ und GLB – angesichts der Erfolge bei Betriebsratswahlen in den Vorjahren – eine Steigerung um 40 Prozent angestreut hatten, es dann aber letztlich in acht Bundesländern eine Steigerung um „nur“ 25 Prozent und in Wien sogar Verluste gab, die mit der konkurrierenden Kandidatur der *Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit* zu tun hatten.

Zentraler Erklärungsfaktor für diesen Umschwung ist der Übergang von der Hochkonjunktur zur kapitalistischen



AK-Rat Gerhard Valland am 23. Parteitag der KPÖ im Dezember 1977 in Wien.

Weltwirtschaftskrise der Jahre 1974/75. Die lange Konjunkturperiode der 1950er, 1960er und frühen 1970er Jahre ging nun zu Ende. Es kam zur schwersten Rezession seit 1945. Lohnbewegungen oder Protestbewegungen gegen die Teuerung kamen ab 1975 völlig zu Erliegen. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gab es keine größeren Aktionen und Bewegungen in den Betrieben für konkrete lohnpolitische und innerbetriebliche Forderungen. Zu einer gewissen Beruhigung der Arbeiterschaft führte auch die im Juli 1974 beschlossene und 1975 in Kraft tretende Lohnsteuerreform.

An die Stelle von Lohnforderungen trat nun die Angst um die Arbeitsplätze, der gegenüber das Thema Teuerung in den Hintergrund trat. In dieser Situation der Unsicherheit stimmten potenzielle WählerInnen von KPÖ und GLB doch wieder für die SPÖ, weil es dieser gelang, sich als jene Partei darzustellen, die in Zeiten der kapitalistischen Wirtschaftskrise für die Sicherung der Arbeitsplätze eintritt. Der Rückgang des politischen Einflusses der KPÖ im Bereich der Betriebsarbeit und der Gewerkschaftspolitik spiegelte sich bei den Betriebsratswahlen, bei den Personalvertretungswahlen und auch bei den AK-Wahlen im Jahr 1979 wider, als sechs der zehn Mandate verloren gingen und die Stimmenzahl für den GLB von 29.281 auf 13.898 zurückging.

Schon 1975 waren bei den Betriebsratswahlen wichtige Betriebe wie VMW Berndorf, VEW Ternitz und VEW Mürzzuschlag verloren gegangen. Bei den Betriebsratswahlen 1976/77 wurden 439

GLB-Mandate in 205 Betrieben bilanziert,⁴⁷ was in etwa dem Stand der Jahre 1970/71 entsprach, aber empfindliche Verluste und Stimmenrückgänge gegenüber den Jahren des Aufschwungs bis 1974 bedeutete, vor allem in der verstaatlichten Stahlindustrie. 1979 wurden ca. 500 Betriebsräte und Vertrauenspersonen in 200 Betrieben ermittelt, darunter 50 Betriebsratsobmänner.⁴⁸ Es gelang der KPÖ auch in den folgenden Jahren nicht mehr, die weiterhin vorhandene Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik der SPÖ zu kanalisieren.

Anmerkungen:

- 1/ Bertl Maszar: Betriebsarbeit in der Praxis, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 7/8, S. 273–274, hier S. 273.
- 2/ Absolute GE-Mehrheit im Glanzstoffwerk St. Pölten, in: *Volksstimme*, 14.5.1971, S. 1; ZPA der KPÖ, Betriebsratswahlen 1971.
- 3/ Große GE-Erfolge bei Betriebsratswahlen!, in: *Volksstimme*, 15.10.1972, S. 1–2, hier S. 1.
- 4/ GE-Erfolge bei Betriebsratswahlen, in: *Volksstimme*, 21.9.1972, S. 1 und 4, hier S. 1; Radenthein: GE stellt Obmann, in: *Volksstimme*, 21.10.1972, S. 1 und 4.
- 5/ Rudolf Streiter: Der GE-Erfolg bei Betriebsratswahlen, in: *die arbeit*, 27. Jg. (1973), Nr. 1, S. 4.
- 6/ ZPA der KPÖ, Stärke der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit in den Betrieben, Stand: Juni 1973.
- 7/ ZPA der KPÖ, Ergebnisse der Betriebsratswahlen Periode 1971/72, Vergleich 1968/69, abgeschlossen Mitte 1973.
- 8/ Franz Muhri: Rechenschaftsbericht des ZK, in: Der 22. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, 18. bis 20. Jänner 1974. Wien: Stern-Verlag o.J. [1974], S. 29–60, hier S. 50.
- 9/ Franz Lang: Die Eisenbahnerwahlen, in: *Weg und Ziel*, 32. Jg. (1974), Nr. 3, S. 106–107, hier S. 107.
- 10/ Großer Erfolg bei den Gemeindebediensteten, in: *die arbeit*, 28. Jg. (1974), Nr. 4, S. 1.
- 11/ Erfolg bei den Postlern, in: *die arbeit*, 28. Jg. (1974), Nr. 10, S. 1.
- 12/ Linksblock 2858 Stimmen mehr, in: *die arbeit*, 28. Jg. (1974), Nr. 10, S. 2.
- 13/ Die Weichen links stellen. Fraktion Gewerkschaftliche Einheit wählen!, hg. von Ludwig Berg. Wien 1972, S. 7; Grundsätze unserer Lohnpolitik, in: *die arbeit*, 29. Jg. (1975), Nr. 7, Beilage, S. 3.
- 14/ Franz Muhri: Mobilisierende Wirkung der Unterschriftensammlung für eine große Lohnsteuerreform, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 7/8, S. 248–249, hier S. 248.
- 14/ Teuerung: Immer mehr Betriebsproteste, in: *Volksstimme*, 8.2.1974, S. 1 und 4.
- 15/ Hubert Schmiedbauer: 12 Monate Teuerung – 12 Monate Lohnkampf. Kommunisten und Fraktion der GE an der Spitze im Kampf gegen ÖGB-Bremser, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 11, S. 404–405, hier S. 404.

- 16/ Lohnkämpfe in Metallbetrieben: Durch Kampf zum Erfolg, in: *die arbeit*, 24. Jg. (1970), Nr. 11, S. 5; Anton Hofer: Widerstand der Arbeiterschaft wächst, in: *die arbeit*, 24. Jg. (1970), Nr. 12, S. 1; Alois Brtna: Wenn Kommunisten ihre Aufgabe im Betrieb erfüllen, in: *Weg und Ziel*, 28. Jg. (1970), Nr. 12, S. 11–12.
- 17/ Schmiedbauer: 12 Monate Teuerung, S. 404. Zum Streik in Judenburg vgl. auch Ferdinand Karlhofer: „Wilde“ Streiks in Österreich. Entstehungs- und Verlaufsbedingungen industrieller Konflikte in den siebziger Jahren. Wien, Köln: Böhlau 1983 (Materialien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 3), S. 55–58.
- 18/ Schmiedbauer: 12 Monate Teuerung, S. 405.
- 19/ Glanzstoff Sankt Pölten: Lohnerhöhung durchgesetzt, in: *die arbeit*, 27. Jg. (1973), Nr. 1, S. 1.
- 20/ ZPA der KPÖ, Berichtsmaterial an den 23. Parteitag der KPÖ, o.D. [1977], S. 1.
- 21/ Der Böhlerstreik! Stellungnahme der G.E., in: *Der Böhlerianer. Organ der Arbeiter und Angestellten der Böhler Ybbstalwerke*, Nr. 3,



- Juli 1973, S. 1–8; Der Böhler-Streik. Analyse und Dokumentation, hg. von der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB. Wien o.J. [1973]; vgl. dazu auch Karlhofer: „Wilde“ Streiks, S. 59–65.
- 22/ Lohnkämpfe in Metallbetrieben: Durch Kampf zum Erfolg, in: *die arbeit*, 24. Jg. (1970), Nr. 11, S. 5.
- 23/ Böhler: Trotz „Edelstahlflaute“ beachtliche Erfolge, in: *Volksstimme*, 3.8.1973, S. 4.
- 24/ Rudolf Streiter: Aktivitäten der Fraktion, in: Im Interesse der Arbeitenden. Die 6. Bundeskonferenz des Gewerkschaftlichen Linksblocks, Kommunisten, Linke Sozialisten und Parteilose im ÖGB. Referat, Diskussion und Beschluß des Dokuments, hg. von Ludwig Berg. Wien 1975, S. 27–30, hier S. 30.
- 25/ Josef Progsch: Erfahrungen des Streiks bei Böhler. Konsequenzen für die Arbeit in den Betrieben, in: *Weg und Ziel*, 31. Jg. (1973), Nr. 9, S. 322–324, hier S. 324.
- 26/ Wille: Keine Streikunterstützung, in: *Arbeiter-Zeitung*, 8.7.1973, S. 13.
- 27/ Nach einigen Tagen des Streiks in unseren Böhlerwerken, f. d. sozialistische Betriebsrätefraktion die Obmänner, abgedruckt in: *Der Böhler-Streik*, S. 14.
- 28/ Flugblatt der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit „Kolleginnen und Kollegen!“, abgedruckt in: ebd., S. 32.
- 29/ Ein Sozialist zieht Konsequenzen, in: *die arbeit*, 27. Jg. (1973), Nr. 11, S. 5.
- 30/ Die Wahrheit über den Hukla-Streik!

- Erklärung der Betriebsräte, hg. von Otto Jirik. Wien o.J. [1974]; vgl. dazu auch Karlhofer: „Wilde“ Streiks, S. 72–78.
- 31/ ZPA der KPÖ, Vereinbarung zwischen der Firma Hukla, dem Fachverband der Holzverarbeitenden Industrie und der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter, 20.6.1974.
- 32/ Franz Muhri: Nochmals zum Hukla-Streik, in: *Volksstimme*, 14.7.1974, S. 2.
- 33/ Die Wahrheit über den Hukla-Streik!, S. 5.
- 34/ ZPA der KPÖ, Brigitte Pfister an die Bezirksorganisation der SPÖ Favoriten, 16.9.1974; Wählt Gewerkschaftlichen Linksblock. Kommunisten, Linke Sozialisten, Parteilose. AK Wahl '74, hg. von Ludwig Berg. Wien 1974, S. 15.
- 35/ Gesinnungsterror bei Elin, in: *die arbeit*, 26. Jg. (1972), Nr. 7/8, S. 1; ZPA der KPÖ, Der Fall Elin-Floridsdorf, o.D. [1972].
- 36/ ZPA der KPÖ, Elin-Union AG an das Arbeitsgericht Wien, 15.12.1972.
- 37/ Rudolf Dörtl gestorben, in: *Volksstimme*, 12.1.1982, S. 2; Karl Daubrawa 70 Jahre, in: *Volksstimme*, 2.4.1983, S. 5.
- 38/ ZPA der KPÖ, Der Fall Elin-Union, Weiz, o.D. [1972]; Karlhofer: „Wilde“ Streiks, S. 84–87.
- 39/ Willi Gaisch: Die Lehren von Elin-Weiz, in: *Weg und Ziel*, 32. Jg. (1974), Nr. 1, S. 7–8.
- 40/ ZPA der KPÖ, Der Fall Elbemühl G.m.b.H. Wien, o.D. [1972]; H.R.: Mit Terror ‚sozialen Frieden‘ erhalten..., in: *die arbeit*, 29. Jg. (1975), Nr. 6, S. 6.
- 41/ Wie zu Zeiten der Heimwehr. Bewährter Donawitzer Facharbeiter aus politischen Gründen entlassen, in: *Volksstimme*, 12.8.1972, S. 3.
- 42/ Betriebsterror konkret. „Tatort“ VEW-Betrieb Kapfenberg. Eine Dokumentation, hg. vom Gewerkschaftlichen Linksblock. Wien o.J. [1976].
- 43/ Diskriminierung in Österreich. Kurzdokumentation von etwa 30 Diskriminierungsfällen der letzten 10 Jahre, hg. vom Komitee zum Schutz vor politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wien 1978 (3. Auflage), S. 14.
- 44/ Diskriminierung bei Semperit. Eine Dokumentation, hg. vom Komitee zum Schutz vor politischer Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wien o.J. [1987].
- 45/ Leopold Hornik: Gesinnungsterror statt Demokratisierung. Zu den Maßregelungen von Betriebsräten der Elin-Union, Alpine-Donawitz und Elbemühl, in: *Weg und Ziel*, 30. Jg. (1972), Nr. 9, S. 333–335, hier S. 335.
- 46/ ZPA der KPÖ, Flugblatt der Zentralen Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB „Gegen den Gesinnungsterror“, 7.7.1972.
- 47/ ZPA der KPÖ, Berichtsmaterial an den 23. Parteitag der KPÖ, o.D. [1977], S. 5.
- 48/ Rudolf Streiter: Die Arbeit der Fraktion, in: Mit dem Gewerkschaftlichen Linksblock in die 80er Jahre. Grundsatzprogramm und Schwerpunktprogramm (Resolution) der Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock, Kommunisten, Linke Sozialisten und Parteilose im ÖGB, hg. von Ludwig Berg. Wien 1979, S. 109–115, hier S. 110.

Historisches zur Lohn- und Preispolitik in Österreich

MICHAEL GRABER

Die Verteuerung insbesondere von Gütern des täglichen Lebens gehörte nach dem Krieg ab 1945 in Österreich von Anfang an zur Restauration des Kapitalismus. Es ging in den ersten Nachkriegsjahren und auch danach darum, dem privaten Kapital, das am Boden lag, neue Akkumulationsmöglichkeiten zu erschießen. Dem dienten im wesentlichen drei Quellen: Die zunächst ergiebigste war der Marshallplan, dem die österreichische Regierung 1947 beitrug. Dessen Dollarkredite und die auf den Sonderkonten angesammelten Mittel, die aus dem Verkauf der aus den USA importierten Waren stammten, betrugen allein bis 1950 über 17 Milliarden Schilling bei einem BIP im Jahr 1950 von etwa 50 Milliarden Schilling. Zwar floss ein bedeutender Teil dieser Mittel in die Infrastruktur, in die Energiewirtschaft und in die staatliche Schwerindustrie, es profitierten aber auch andere Branchen, in denen Privatkapital dominierte.

Eine zweite Quelle bildete die verstaatlichte Industrie, die verbilligte Vorprodukte an die Branchen des verarbeitenden Gewerbes abgab und so zu einer Umverteilung des Mehrwerts zugunsten privater Kapitalakkumulation beitrug. Die dritte Quelle, die die Bevölkerung am unmittelbarsten spürte, bildete die Lohn- und Preispolitik, die zwischen 1947 und 1951 in fünf Lohn-Preispakten umgesetzt wurde. Zweck dieser Abkommen war, durch künstliche Verteuerung der Konsumgüter bei gleichzeitiger Niedrighaltung der Löhne dem Privatkapital zusätzlichen Akkumulationspielraum zu verschaffen. Diese Lohn-Preispakete wurden zwischen den Spitzen der Unternehmerverbände, der Gewerkschaftsführung und der Regierung unter Ausschaltung jeder demokratischen Einflussnahme in geheimen Sitzungen ausgehandelt und dann der Öffentlichkeit als vollendete Tatsachen präsentiert. Dazu kam noch die Währungsreform vom November 1947, die die Ersparnisse der Bevölkerung auf ein Drittel reduzierte.

Lohn-Preis-Pakte und Gegenwehr

Der dritte Lohn-Preis-Pakt 1949 etwa sah vor, dass die Preise für Brot um 64 Prozent, für Teigwaren um 38, für Schweinefleisch um 68, für Strom um

70, für Gas um 34, die Straßenbahn um 45 bis 50, die Bahn im Nahverkehr um 40, Post und Radiogebühren um 50 und Zölle auf Lebensmittel um 200 Prozent erhöht und die Lohnsteuer um 20 Prozent angehoben wurden. Die Anhebung der öffentlichen Tarife war u.a. dem Umstand geschuldet, dass die Unternehmen unter dem Titel Investitionsförderung 300 Millionen Schilling Steuergeschenke erhielten. Der Pakt sah außerdem vor, dass die Unternehmer Mehrbelastungen in beliebiger Höhe auf die Preise überwälzen konnten. Die Löhne wurden gegenüber all dem nur um etwa 8,5 Prozent (brutto) erhöht.¹

Die Leidenfähigkeit und die Bereitschaft der arbeitenden Bevölkerung, dies alles zu schlucken, war nach den Hungerwintern 1945 und 1946 und den ersten entbehrungsreichen Aufbaujahren aufgebraucht, sodass es 1949 zu massiven Streiks und Demonstrationen in den Bundesländern und in Wien kam, etwa in Wien am Rathausplatz mit 100.000 wütenden TeilnehmerInnen.

Der vierte Lohn-Preis-Pakt 1950 sah ebenfalls massive Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zwischen 30 und 60 Prozent vor, nicht zuletzt, weil die US-amerikanische Marshallplanverwaltung verlangte, Subventionen zu reduzieren bzw. abzuschaffen. Dazu kamen Preiserhöhungen für Energie zwischen 40 und 50 Prozent, sowie die Preisfreigabe für zahlreiche andere lebenswichtige Güter. Die Löhne stiegen laut Pakt nur um etwa zehn Prozent.² Nachdem die KPÖ-Tageszeitung *Volksstimme* diesen zunächst geheimen Deal öffentlich gemacht hatte, explodierte die Stimmung in der Arbeiterschaft und es kam zur größten Streikbewegung seit dem Jänner 1918, die als Oktoberstreik in die Geschichte Österreichs einging.

Paritätische Kommission: eine Blackbox

Danach versuchten die ProponentInnen der sich in dieser Weise herausbildenden Sozialpartnerschaft ihre Politik mit einem Wirtschaftsdirektorium zu legitimieren, das aber vom Verfassungsgerichtshof wegen Verfassungswidrigkeit aufgelöst wurde. Nichtsdestoweniger blieb die Lohn- und Preispolitik wesentlicher Bestandteil der sozialpartnerschaftlichen Wirtschaftspolitik und

führte 1957 zur Bildung der Paritätischen Kommission. Diese war bis in die 1980er Jahre das zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument des Kapitalismus in Österreich, hatte aber keine gesetzliche Grundlage und unterlag auch keiner parlamentarischen Kontrolle. Umgekehrt, die jeweiligen Regierungen übernahmen und vollzogen die in den informellen Strukturen ausgehandelten wirtschaftspolitischen Richtlinien, sodass die ProtagonistInnen der Sozialpartnerschaft bald unabhängig von den jeweiligen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen als Nebenregierung auftraten.

Der Paritätischen Kommission gehörten auf ArbeitnehmerInnenseite die Spitzen des ÖGB und der Bundesarbeiterkammer, auf Kapitalsseite die der Bundeswirtschafts- und Landwirtschaftskammer an. Bis zur Bildung der ersten einfärbigen Bundesregierung (der ÖVP) 1966 waren auch Regierungsvertreter (Sozial- und Innenminister, da seit 1946 im Rahmen der großen Koalition in SPÖ-Hand auf „Arbeitnehmerseite“, sowie Handelsminister und Bundeskanzler von der ÖVP auf Kapitalsseite) in der Kommission vertreten. Danach verzichteten die RegierungsvertreterInnen auf ihr Stimmrecht, um die „Parität“ nicht zu verzerren.

Die Paritätische Kommission diente wie schon ihre Vorformen dazu, den Unternehmen mittels großzügiger Preispolitik und restriktiver Lohnpolitik die Profite zu sichern und die Kapitalakkumulation durch ausreichende Profite nicht ins Stottern geraten zu lassen. Der Preisunterausschuss der Paritätischen Kommission bewilligte meist die Anträge der Wirtschaftskammer, kam keine Einigung zustande, galt ein Preisantrag nach einer gewissen Frist als bewilligt. Es gelangten allerdings maximal die Hälfte der Preise in die Preiskommission, vorwiegend jene, die im Warenkorb des Verbraucherpreisindex (VPI) aufschienen, um diesen zu manipulieren. Anders die Löhne: hier passierten alle Anträge für alle KV-Verhandlungen den Lohnunterausschuss.

Neben den bereits genannten Ausschüssen wurden auch ein Wirtschafts- und Sozialbeirat, der sich mit längerfristigen Analysen befasste, und ein Ausschuss für internationale Fragen gebildet.

Die Freigabe von Lohnverhandlungen durchlief drei sozialpartnerschaftliche

Filter. Einen Filter bildete der ÖGB selbst, denn nicht die Branchengewerkschaften, sondern nur der ÖGB war befugt, Anträge auf Lohnverhandlungen zu stellen.³ Der zweite Filter bestand darin, im Lohnunterausschuss eine Einigung über den Zeitpunkt der Lohnverhandlungen zu erzielen. Derart konnte sichergestellt werden, dass die Löhne stets der Teuerung nachliefen, die Unternehmen stets einen Preisvorsprung erhielten, was ja bis heute den Normalfall darstellt.

Den dritten Filter bildeten die im Vorfeld der Lohnverhandlungen zwischen den Spitzen der Gewerkschaft und der Wirtschaftskammer vereinbarten informellen Lohnleitlinien, in denen sich die Lohnabschlüsse bewegen sollten. Das Ergebnis zeigt die Statistik: im Durchschnitt in den jeweiligen Dezentennien zwischen den Jahren 1960 und 2000 lag die Entwicklung der Nettoreallöhne zum Teil weit unter der Inflationsrate, nur im Zeitraum zwischen 1960 und 1970 lag sie knapp darüber. Auch die Reallöhne blieben stets hinter der Produktivitätsentwicklung zurück.⁴ Beides dokumentiert, dass die sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik zugunsten der Gewinne auch in den 1990er Jahren und danach ohne Paritätische Kommission wirksam blieb. Diese fasste ab 1994 keine Beschlüsse mehr und trat ab 1998 auch nicht mehr zusammen. Die Preispolitik unter dem Diktat der Paritätischen Kommission löste sich also in restriktiver Lohnpolitik auf. Als langfristige Tendenz ist der Anteil der Arbeitseinkommen zugunsten der Kapitaleinkommen am Volkseinkommen gesunken.

Profit-Preis-Spirale

In den Monaten von September 2022 bis Februar 2023 gab es in Österreich jeweils zweistellige Inflationsraten. Im ersten Halbjahr 2023 schwankte die Teuerungsrate gemessen am Verbraucherpreisindex zwischen 11,2 und 9 Prozent. Der Index des Mikrowarenkorbs, der den täglichen Einkauf, d.h. im wesentlichen die Preisentwicklung der Nahrungsmittel widerspiegelt, fiel zwar von 16,8 im Jänner 2023 auf 12,8 Prozent im Mai. Seit 70 Jahren gab es aber in Österreich keine Phase mit so hohen Teuerungsraten. Selbst in der Erdöl- und Energiekrise der 70er Jahre blieben die Inflationsraten einstellig. Gleichzeitig wiesen die zwanzig größten im österreichischen Börsenindex ATX vertretenen börsennotierten Konzerne in Österreich für 2022 mit zehn Milliarden Euro Rekordgewinne und mit drei Milliarden Euro Rekord-



KPÖ-Demonstration gegen Teuerung und Lohnsteuerraub am 2. April 1974 in Wien.

dividenden aus. Das Wiener *Momentum Institut* hat berechnet, dass der Anteil der Profite an der aktuellen Teuerung bis zu etwa zwei Drittel ausmacht.

Trotzdem gab und gibt es in Österreich bis heute keinen politischen Willen, die Teuerung – selbst in der Inflationskrise, mit der wir es derzeit noch immer zu tun haben – wirksam zu bekämpfen. Dafür sind vornehmlich zwei Gründe zu nennen: Erstens haben alle Parteien, auch wenn sie manchmal das Gegenteil behaupten, die neoliberalen Dogmen von den segensreichen Marktkräften internalisiert und können sich das Funktionieren der Wirtschaft mit Eingriffen in die Profit-Preis-Spirale kaum mehr vorstellen. Und wenn doch, dann nur um den Preis des Ersatzes der entgangenen Profite bzw. Überprofite aus Steuermitteln.

Der zweite Grund besteht darin, dass der Staat zu den Gewinnern der Inflation gehört. Jede Preiserhöhung führt zu Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuer. Jede inflationsbedingte Erhöhung der Lohneinkommen führt auch ohne kalte Progression zur Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer. Außerdem entwertet die Inflation jenseits von deren nominellem Wert die Staatsschulden. Deshalb ist es gerechtfertigt, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, solange die hohen Inflationsraten bestehen, zumindest zeitweise auszusetzen und auf Mieten, Betriebskosten und Heizenergie prinzipiell abzuschaffen. Eine aktive Lohnpolitik in Zeiten galoppierender Inflation müsste die Laufzeit von Kollektivverträgen verkürzen. Das müsste übrigens auch für die bisher jährliche Pensionsanpassung gelten. Eine solche Einkommenspolitik ist

auch das wirksamste und nachhaltigste Gegenmittel zur Politik der Regierung, die sich durch almosenhafte Einmalzahlungen aus dem Staub machen will.

1992 wurde nach Auslaufen der Paritätischen Kommission im Parlament das Preisgesetz beschlossen. Dieses gibt der Behörde (der Regierung bzw. dem/der zuständigen Minister/in) die Handhabe, unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise, die auch die jeweilige wirtschaftliche Lage der Verbraucher und Leistungsempfänger beinhaltet, für einen bestimmten Zeitraum, sogar bis hin zu einem Preisstopp, zu verordnen. Vorsorglich wurden elektrische Energie und Erdgas von dieser Möglichkeit ausgenommen. Ein Vorstoß der Arbeiterkammer, den Benzinpreis über die Preiskommission zu regulieren, ist gescheitert, da laut Gesetz sich dieser nicht signifikant vom internationalen Trend abgekoppelt habe, was eine nationale Preisregulierung ausschließt. Außerdem hat noch niemand versucht, die nicht geregelten Mieten unter das Preisgesetz zu zwingen. So ist bislang das Preisgesetz fast immer totes Recht geblieben.

Anmerkungen:

1/ Zit. nach: Eva Priester: Der große Streik. Ein Tatsachenbericht über den Oktoberstreik 1950, hg. von der KPÖ. Wien 1980, S. 6.

2/ Ebd.

3/ Ernst Wimmer: Sozialpartnerschaft aus marxistischer Sicht. Wien: Globus-Verlag 1979, S. 45.

4/ Emmerich Tálos: Vom Siegeszug zum Rückzug. Sozialstaat Österreich 1945–2005. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2005, S. 19.

Die ITH als Netzwerk, Drehscheibe und Reflexionsraum

Zur Vor- und Frühgeschichte der jährlichen Linzer Konferenzen der International Conference of Labour and Social History

WINFRIED R. GARSCHA

Die *International Conference of Labour and Social History* wurde 1964/65 als *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung* gegründet. Die Abkürzung ITH verweist auf die ursprüngliche Bezeichnung dieser Institution in deutscher Sprache. Die ITH hat in den fast 60 Jahren ihrer Existenz jährlich mindestens eine Konferenz – meist in Linz an der Donau – abgehalten und ist damit einer der langlebigsten Zusammenschlüsse von WissenschaftlerInnen auf den Gebieten der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie der Geschichte politischer Organisationen. Zur Geschichte der ITH wurde bisher nur eine schmale Werbebrochure der ITH selbst veröffentlicht.¹

Gründung der ITH 1964/65

Die Gründung der Organisation stand im Zusammenhang mit dem XII. Welthistorikerkongress, der für den Sommer 1965 in Wien anberaumt war.² Auf Initiative des österreichischen Kommunisten Herbert Steiner, der zu dieser Zeit gerade erst das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* gegründet hatte, versammelte sich im September 1964 eine kleine Gruppe von Historikern und Archivaren, allesamt Spezialisten (und einige wenige Spezialistinnen) für die Geschichte der sozialen Bewegungen in Zentraleuropa, um die Aufnahme von Themen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in das Programm des Wiener Welthistorikerkongresses vorzubereiten. Zu diesem Zeitpunkt war schon absehbar, dass zu dem Kongress im darauffolgenden Jahr auch zahlreiche HistorikerInnen aus den kommunistisch regierten Nachbarstaaten Österreichs erwartet wurden, unter denen sich wiederum eine erkleckliche Anzahl von Historikern der Arbeiterbewegung befinden würde. Eines der Ergebnisse der Beratung war, dass die Präsenz dieser Personen in Wien ausgenutzt werden sollte, um neben dem Welthistorikerkongress eine eigene Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und in den Nachfolgestaaten zu veranstalten – und

zwar aus praktischen Gründen, wie etwa den überbuchten Hotels in der Hochsaison, außerhalb von Wien.

Als Konferenzort schlugen österreichische Gewerkschafter ein Bildungshaus der oberösterreichischen Arbeiterkammer auf einem Hügel am Stadtrand von Linz an der Donau vor – den Jägermayrhof, ein Haus mit Geschichte: Als das Haus noch ein Gasthof war, hatte Franz Schubert hier Konzerte gegeben, später war es ein Treffpunkt für Gewerkschaftsversammlungen und ähnliche Zusammenkünfte – bis zum Februar 1934. Im kurzen Bürgerkrieg, in dem der Republikanische Schutzbund versuchte, der Aufrichtung der austrofaschistischen Diktatur bewaffnet entgegenzutreten, war der Jägermayrhof – wegen seiner Nähe zum Radiosender auf dem Freinberg – eines der Zentren der Kämpfe in Linz.

Dieses erste Treffen von ost- und westeuropäischen SpezialistInnen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im September 1965 war sozusagen ein Versuchsballon, ob es möglich ist, zu einem politisch so aufgeladenen Gegenstand Forschungsergebnisse auszutauschen. Mehr war zunächst nicht beabsichtigt – erst später kam dazu der Anspruch, die Linzer Konferenzen auch zu nutzen, um historische Interpretationen konfrontativ gegenüberzustellen. Bereits auf der ersten Konferenz herrschte Einigkeit darüber, dass diese mehrtägigen Treffen vor dem Beginn des akademischen Jahres zu einer dauernden Einrichtung gemacht werden sollten. Um die Innovation, die diese Konferenzen darstellten, zu verdeutlichen, ist es erforderlich, etwas weiter auszuholen und auf die Situation der Arbeitergeschichtsschreibung zu jener Zeit einzugehen.

Geschichte als „Schlachtfeld“ des Kalten Kriegs

Nach dem Tod Stalins (1953) und den Enthüllungen Chruschtschows auf dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU (1956 und 1961), die nicht nur den Terror, sondern unter anderem auch die stalinistischen Verfälschungen der Geschichte der kommunistischen Bewe-

gung betrafen, erlebte die Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung in den kommunistisch regierten Ländern Zentral- und Osteuropas einen Aufschwung. War sie bis dahin eine ausschließlich von führenden Parteikadern betriebene Form der Geschichtspropaganda gewesen, so waren nun – wenn gleich weiterhin unter Aufsicht der jeweiligen Parteiführung – mehr und mehr SpezialistInnen gefragt. Und da die kommunistische Bewegung ihre Existenzberechtigung in erster Linie vom „Verrat“ der sozialdemokratischen Parteiführungen seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs ableitete, wurde nicht nur die eigene Geschichte, sondern auch jene der Sozialdemokratie zum Forschungsgegenstand.

Der enge Zusammenhang zwischen dem Selbstverständnis und der Ausweitung des Forschungsfeldes wird auch an einem weiteren Beispiel deutlich: Die Errichtung der „Volksdemokratien“ wurde als logische Folge der Rolle der KommunistInnen im antifaschistischen Widerstandskampf in diesen Ländern dargestellt, was auch die – wie einseitig auch immer interpretierte – Geschichte dieses Widerstands und darüber hinaus die Nazi-Diktatur selbst zu einem zentralen Thema sowohl der politischen Erziehung als auch der wissenschaftlichen Forschung machte. Die riesigen Partei-Institute, die gegründet worden waren, um die marxistischen Klassiker sowie wie Reden und Schriften der nationalen kommunistischen Führer in aufwändigen Werkausgaben herauszubringen, richteten Abteilungen für Geschichte der Arbeiterbewegung ein, die ihrerseits Fachzeitschriften herausbrachten – wie etwa die ab 1959 monatlich in Berlin erscheinenden *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*.

Westeuropäische sozialdemokratische Parteien antworteten auf diese kommunistischen Aktivitäten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Erforschung der Arbeitergeschichte mit der Schaffung eigener Forschungseinrichtungen oder dem Ausbau und der Aufwertung bestehender Einrichtungen. Dazu gehört auch

die Friedrich-Ebert-Stiftung, die zwar schon seit 1925 bestand und 1946 wieder gegründet worden war. Dass die FES 1961 mit der Herausgabe des renommierten Jahrbuchs *Archiv für Sozialgeschichte* begann, ist nur in diesem Kontext zu verstehen. Die Position der Sozialdemokratie wurde in diesem Konkurrenzkampf der 1960er Jahre auch dadurch gestärkt, dass sich nun auch namhafte, an Universitäten tätige Akademiker der Zurückweisung kommunistischer Interpretationen der Geschichte der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, insbesondere aber der Widerlegung stalinistischer Fälschungen widmeten.

Ende der 1960er Jahre verstärkte sich in mehreren europäischen Ländern das öffentliche Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung. Durch Ausstellungen, Buchreihen, Fernsehfilme und Theaterstücke sowie ein breites Angebot an den Universitäten wurde die Arbeitergeschichte in vielen Ländern Teil der „Nationalgeschichte“. Unter den zahlreichen Faktoren, die diese Entwicklung begünstigten, ist auch die Tatsache zu nennen, dass in mehreren Ländern sozialdemokratische Parteien bestimmenden Einfluss auf die Regierungsgeschäfte gewannen, was die Bereitstellung staatlicher Mittel für solche Projekte erleichterte. Das traf auch auf Österreich zu, wo 1970 die SPÖ unter Bruno Kreisky die relative und bei den Nationalratswahlen 1971 die absolute Mehrheit errang. Eine ganze Generation von StudentInnen machte sich nun an die Erforschung der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, wobei der Schwerpunkt in erster Linie auf der Alltags- und Kulturgeschichte in der Zwischenkriegszeit und auf verschiedenen Aspekten des Austromarxismus lag.

Nicht zuletzt infolge der eher marginalen Bedeutung der KPÖ in der demokratischen Periode der Zwischenkriegszeit bis 1933/34 spielte die wechselseitige Abgrenzung von sozialdemokratischen und kommunistischen Geschichtsbildern in Österreich kaum eine Rolle. Dazu kam, dass in der Kommunistischen Partei Österreichs erst relativ spät eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der eigenen Geschichte einsetzte.³ Demgegenüber war es seitens der SPÖ schon 1959, auf Initiative des ehemaligen Archivars der *Arbeiter-Zeitung* Ernst K. Herlitzka, zur Gründung des *Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung* gekommen.⁴ 1968 folgte die auf publizistischem Gebiet bald rühmlichste Einrichtung der damals noch sozialdemokra-

tisch dominierten Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft: das *Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung*. Geleitet wurde dieses Institut von dem im selben Jahr als Professor für Zeitgeschichte an die drei Jahre zuvor gegründete Johannes-Kepler-Universität Linz berufenen Karl R. Stadler.⁵ Als wichtigstes Tätigkeitsfeld des neuen Instituts erwies sich die olivgelbe, in billiger Aufmachung produzierte Reihe „Materialien zur Arbeiterbewegung“, in der bis 1992 über 60 Bände (oft Dissertationen und Projektberichte) von teilweise hervorragender wissenschaftlicher Qualität erschienen. Hans Hautmann, der von Herbert Steiner an Karl R. Stadler vermittelt worden war, war einer der ersten Mitarbeiter des LBI für Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die Herangehensweise an das neue Forschungsfeld unterschied sich in den einzelnen Ländern beträchtlich. In Skandinavien waren die oben genannten Einrichtungen eng an die (sozialdemokratischen) Gewerkschaften angebunden, was sich auch auf die Forschungsgegenstände auswirkte. In Italien bot die kommunistische Bewegung auch Personen und Gruppen außerhalb der „Parteilinie“ Forschungs- und Publikationsmöglichkeiten. Seit 1958 gab Giangiacomo Feltrinelli, Kommunist und Millionär, ein Jahrbuch, die *Annali*, heraus, die allen Strömungen in der Arbeiterbewegung offenstand. Feltrinelli hatte in Mailand eine Bibliothek gegründet, die dem Studium der Zeitgeschichte und der sozialen Bewegungen gewidmet war.⁶

In der englischsprachigen Welt waren *labour studies*, wie die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, aber auch sozialhistorische Untersuchungen zur Lage der Arbeiterschaft, dort genannt wurden, nie in dem Ausmaß politisiert wie hierzulande und wurden in den frühen 1960er Jahren Teil der Sozialwissenschaften, was auch bedeutete, dass sich die universitäre Forschung und Lehre damit beschäftigte. Schon 1956 hatte die mit Abstand wichtigste Dokumentations- und Forschungseinrichtung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, das 1935 in Amsterdam gegründete *Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis* (IISG, Internationales Institut für Sozialgeschichte) eine neuartige akademischen Zeitschrift herausgebracht, die *International Review of Social History*, deren Publikation später von der Cambridge University Press übernommen wurde. 1960 folgten die *British Society for the Study of Labour History*

mit ihrem Bulletin (drei Ausgaben jährlich, wie die Zeitschrift des IISG, 1990 umbenannt in *Labour History Review*) und die New York University mit ihrer Vierteljahrszeitschrift *Labor History*. Seit 1962 bringt die *Australian Labour History Association* zwei Mal jährlich ihre *Labour History* heraus, 1965 schloss sich die *Scottish Labour History Society* mit ihrem Journal (1967 umbenannt in *Scottish Labour History*) an. Diese Zeitschriften boten, da sie von der großen wissenschaftlichen Community, die sich der englischen Sprache bedient, rezipiert werden konnten, ein Forum für den Austausch von Ideen und Forschungsergebnissen an, ohne dass es weiterer Vernetzungsaktivitäten bedurfte.

Deutsch-deutsche Begegnungszone

In Mitteleuropa hingegen blieb die Geschichte der Arbeiterbewegung bzw. Arbeitergeschichte noch nach dem Ende des Kalten Kriegs und der Entspannung zwischen den Militärblöcken in den 1970er Jahren eines der zentralen „Schlachtfelder“ des Ost-West-Konflikts. Das traf zuallererst auf die beiden deutschen Staaten zu – nicht zuletzt, weil hier die gemeinsame Sprache den Austausch ideologisch beeinflusster Interpretationen der gemeinsamen Arbeitergeschichte (oft genug „gewürzt“ mit wechselseitigen Beschimpfungen) beförderte. Dennoch wurden auf diesem Forschungsgebiet beachtliche wissenschaftliche Leistungen erbracht. Zu einer wichtigen Informationsquelle über gerade laufende sowie abgeschlossene Arbeiten entwickelte sich die 1965 von Henryk Skrzypczak begründete, von der *Historischen Kommission zu Berlin* herausgegebene *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (IWK).

Die führende wissenschaftliche Einrichtung für Arbeiterstudien in West-Deutschland, die Friedrich-Ebert-Stiftung, begann 1961 mit der Herausgabe des bereits erwähnten Jahrbuchs *Archiv für Sozialgeschichte*. Seit den 1980er Jahren eröffnete die Stiftung eine wachsende Anzahl von Büros in bisher 33 Ländern rund um den Globus, darunter in allen ehemals kommunistisch regierten Staaten und in der Volksrepublik China. Obwohl sich die Hauptaufgabe der Stiftung in Richtung „Förderung der Demokratie“ verschoben hat, befasst sie sich weiterhin mit Arbeitergeschichte. Sie unterhält nicht nur eine Spezialbibliothek und verfügt über eines der



ITH-Gründer Herbert Steiner und Eva Priester bei einer geschichtswissenschaftlichen Konferenz in Prag 1959.

größten Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung weltweit, sondern fördert auch wissenschaftliche Aktivitäten im Bereich der Arbeitergeschichte, darunter die jährlichen ITH-Konferenzen.

Mit der Gründung der ITH entstand für ostdeutsche HistorikerInnen eine Möglichkeit, jene AutorInnen auf der anderen Seite der Mauer zum ersten Mal persönlich zu treffen, deren wissenschaftliche Arbeiten sie zuvor teils intern, teils öffentlich als imperialistische Propaganda qualifiziert hatten. Ob jemand die Möglichkeit bekam, nach Linz zu fahren, war letztendlich nicht nur eine Frage der wissenschaftlichen Qualifikation, sondern in erster Linie auch eine politische Frage. Die Entscheidung traf die für Geschichte der Arbeiterbewegung zuständige Abteilung des Instituts für Marxismus-Leninismus in Berlin in Absprache mit dem Leiter des *Rats für Geschichtswissenschaft*, eines 1969 gebildeten, vom Zentralkomitee der SED kontrollierten Lenkungsorgans der geschichtswissenschaftlichen Institute der DDR.⁷ Da man aber gegenüber der westdeutschen Seite eine gute Figur machen wollte, spielte die fachliche Kompetenz der nach Linz entsandten HistorikerInnen eine wesentlich größere Rolle als beispielsweise im Falle Ungarns oder Rumäniens oder der Sowjetunion, wo eine derartige direkte Konkurrenzsituation mit westlichen HistorikerInnen schon aus sprachlichen Gründen nicht existierte und viele Referate daher kaum internationalen wissenschaftlichen Standards genügten. TeilnehmerInnen der Linzer Konferenzen vor 1989 können von der unterschiedlichen Qualität der

osteuropäischen Beiträge ein Lied singen – andererseits bewiesen die meist originellen, nach wissenschaftlichen Kriterien erarbeiteten Beiträge polnischer KollegInnen, dass es sich dabei nicht nur um ein Sprachproblem handelte.

Wenngleich die Bedeutung der persönlichen Begegnung für die ostdeutsche Seite sicher größer war, so soll dennoch nicht vergessen werden, dass nicht nur sie keine Möglichkeiten hatten, an wissenschaftlichen Konferenzen auf der anderen Seite der Mauer teilzunehmen. Auch in der

Bundesrepublik galt eine – nennen wir es einmal: Empfehlung – für WissenschaftlerInnen, sich nicht am akademischen Leben in kommunistisch regierten Ländern zu beteiligen. In Österreich – als neutralem Staat zwischen den Blöcken – konnten solche Treffen ohne nennenswerte Schwierigkeiten abgehalten werden. Der Hauptorganisator der Linzer Konferenzen war Herbert Steiner, ein österreichischer kommunistischer Wissenschaftler, der mit zahlreichen sozialdemokratischen Spitzenpolitikern im Westen persönlich bekannt war und auch zu „dissidenten“ KommunistInnen im Osten enge Kontakte unterhielt. Der tschechoslowakische Staatssicherheitsdienst sorgte dafür, dass über ihn 1968 ein Einreiseverbot in die Tschechoslowakei verhängt wurde, das bis 1989 aufrecht blieb und an dem auch Interventionen seitens der KPÖ nichts ändern konnten.

In Österreich selbst war Herbert Steiner weniger wegen der Linzer Konferenzen bekannt als wegen seiner Rolle beim Aufbau des überparteilichen Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes.⁸ Dass das Sekretariat der ITH bis heute im DÖW angesiedelt ist, ist Ergebnis dieser seinerzeitigen Personalunion.

Die Themenstellungen der Linzer Konferenzen, die auf den jährlichen Generalversammlungen der ITH festgelegt wurden, orientierten sich oft an historischen Jahrestagen. Solche Jahrestage boten der jeweiligen politischen Seite die Möglichkeit zur Selbstdarstellung und erlaubten es, am Beispiel von Scheidewegen in der Geschichte der Arbeiter-

bewegung die Richtigkeit der eigenen Position darzulegen. Dennoch haben die dabei geführten Debatten dazu beigetragen, allzu holzschnittartige Deutungsmuster abzubauen. Das gilt besonders für die 1970er und frühen 1980er Jahre.

Bis 1989 blieb diese „diplomatische“ Funktion die Hauptaufgabe der Organisation. Und das galt nicht nur für Begegnungen zwischen west- und ostdeutschen Historikerinnen und Historikern. Als Anfang der 1980er Jahre zum ersten Mal eine chinesische Delegation in Linz auftauchte, wurde die von der Konferenzleitung geförderte räumliche Nähe auch für ein vorsichtiges Abtasten zwischen sowjetischen und chinesischen Historikern genutzt. 1984 kam es auch zu einem Disput von Angesicht zu Angesicht zwischen chinesischen und japanischen Historikern über die japanische Herrschaft in China. Die Konferenz hatte die Haltung der Arbeiterparteien zur Kolonialpolitik ihrer jeweiligen Regierung zum Thema.

Die negative Seite dieser „diplomatischen“ Funktion der ITH war eine gewisse Geringschätzung der wissenschaftlichen Funktion derartiger Konferenzen. Langweilige Referate ohne jeglichen wissenschaftlichen Ertrag wurden angenommen, wenn sie in das diplomatische Muster der Ost-West-Begegnung passten. Auf der anderen Seite bietet die bis in die 1980er Jahre durchgehaltene Protokollierung der Diskussionsbeiträge, die sich auch in den Tagungsbänden wieder finden, eine Quelle für das Studium der Rolle der Geschichte der Arbeiterbewegung im Ost-West-Konflikt. Ein einziges Mal scheiterte der mit dem Protokoll beauftragte österreichische Kollege, nämlich Hans Hautmann, an dieser Aufgabe; er wollte das, was sich im Konferenzsaal abgespielt hatte, nicht wörtlich wiedergeben, da die Wortmeldungen das wissenschaftliche Renommee der beteiligten Personen beschädigt hätten. Er fasste sie mit dem Satz „heftige Diskussionen“ zusammen.

Die Protokollierung der Diskussionen auf den Linzer ITH-Konferenzen war der wichtigste Beitrag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBI für Geschichte der Arbeiterbewegung dafür, dass die Linzer Konferenzen nicht nur ein wichtiger Bestandteil der diplomatischen Seite des internationalen Wissenschaftsdialogs waren, sondern – vor allem in der Rückschau – den jeweiligen (Zu-)Stand dieses Dialogs nachvollziehen zu können.

Nicht protokolliert wurde der eigentliche „Reflexionsraum“: die Diskussion



Herbert Steiner mit Bundesministerin Hertha Firnberg, 1977.

über die Themen der jeweils nächsten Konferenzen. Sie nahm die meiste Zeit der jährlichen Generalversammlung der Mitgliedsinstitute in Anspruch. In diesen Diskussionen spiegelte sich der jeweilige Stand des internationalen Diskurses in den Sozialwissenschaften wider. Obwohl ab den 1990er Jahren die Diskussion durch eine jeweils im Vorjahr eingesetzte international besetzte Vorbereitungsgruppe strukturiert wurde, ging diese Funktion der Generalversammlung nicht verloren, nicht zuletzt, weil die Mitgliedsinstitute darauf achten müssen, dass die Konferenzplanung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bleibt.

Ende der „diplomatischen“ Periode

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts endete auch diese diplomatische Funktion der Linzer Konferenzen. Es waren vor allem jüngere KollegInnen aus ehemals kommunistisch regierten Ländern, die bis 1989 keine Möglichkeit gehabt hatten, an den Konferenzen teilzunehmen, die appellierten, die ITH doch nicht ausgerechnet jetzt aufzulösen. Für sie boten die Linzer Konferenzen – nicht zuletzt wegen der dort angebotenen Simultanübersetzung, insbesondere aber wegen der niedrigen Konferenzgebühren – die Möglichkeit, sich mit dem sozialwissenschaftlichen Diskurs in Westeuropa und Nordamerika vertraut zu machen. Im Westen waren es vor allem jene HistorikerInnen, die eine „Entsorgung“ der Arbeitergeschichte angesichts der politischen Entwicklungen fürchteten, die für den Weiterbestand der Organisation eintraten.

Es war zwar die Unterstützung einerseits der österreichischen staatlichen Stellen und der Arbeiterkammer, andererseits von großen Mitgliedsinstituten, die den Weiterbestand der Organisation sicherten. Entscheidend war aber, dass es in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend besser gelang, die ITH mit ihren Konferenzthemen in der Mitte des sozialwissenschaftlichen Diskurses zu positionieren: Die 58. ITH-Konferenz (2023) war etwa der Thematik „Deindustrialisierung, Reindustrialisierung und wirtschaftlicher Wandel“ gewidmet, im Jahr zuvor diskutierte die Konferenz die politische Ökologie der Arbeit in Zeiten von Katastrophen. Die Besonderheit der ITH ist, dass in aktuelle Fragestellungen linker, feministischer, gewerkschaftlicher Strategien immer wieder die Gesamtgeschichte von Kapital und Arbeit seit dem 16./17. Jahrhundert mitgedacht wird – und manchmal sogar dieser zeitliche Rahmen gesprengt wird, etwa bei der 53. ITH-Konferenz (2017): „Welten der Arbeit auf den Kopf gestellt – Revolutionen und Arbeitsbeziehungen in globalhistorischer Perspektive.“

Vortrag am 2. Hans-Hautmann-Kolloquium von AKG, IHSF und ITH am 14. November 2023 in der Studienbibliothek der Arbeiterkammer in Wien.

Anmerkungen:

1 Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (Hg.): Die ITH und ihre „Linzer Konferenzen“ / The ITH and its „Linz Conferences“. Wien, Linz 1994. Dieser Beitrag folgt über weite Strecken meinem Vortrag „Networking Labour

Studies: The ITH Experience, 1965–2005“ auf der Konferenz „The Past is Before Us“ (9th Australian Labour History Conference), die aus Anlass des XX. Welthistorikerkongresses 2005 in Sydney durchgeführt wurde. Eine deutschsprachige Variante erschien unter dem Titel „ITH: Wissenschaftsdialog als Beitrag zur Konfliktbewältigung“ in: Beatrix Bouvier/Michael Schneider (Hg.): Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektive. Bonn 2008, S. 167–174.

2/ Zu den vom *Comité International des Sciences Historiques* (CISH) alle fünf Jahre veranstalteten „Internationalen Kongressen der historischen Wissenschaften“ siehe: Karl Dietrich Erdmann: Die Ökumene der Historiker. Geschichte der Internationalen Historikerkongresse und des Comité International des Sciences Historiques. Göttingen 1987.

3/ Bis zur Publikation eines „kurzen Abrisses“ zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs 1918–1955 durch ein Autorenkollektiv der Historischen Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ waren nur Schulungshefte zur Parteigeschichte erschienen. Erst zehn Jahre später (1987) publizierte die Historische Kommission den umfangreichen Band „Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik“. Vgl. dazu Manfred Mugrauer: Die Historiographie der KPÖ über ihre eigene Geschichte, in: Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer (Hg.): Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen 2013, S. 205–222.

4/ Sandra Wiesinger-Stock: Der „Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung“. Aktivitäten, Ziele, Bestände. Innsbruck, Wien 1998.

5/ Die Bandbreite der Forschungen des Instituts dokumentiert der fast 850 Seiten starke Band Gerhard Botz/Hans Hautmann/Helmut Konrad/Josef Weidenholzer (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. 10 Jahre Ludwig Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung. Wien, München, Zürich 1978.

6/ Marco Meier: Giangiacomo Feltrinelli. Verleger. Ein Mann in der Revolte. Zürich 2002.

7/ Jürgen John: DDR-Geschichtswissenschaft als prominenter Forschungsgegenstand, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 143, September 2002, S. 837–844, hier S. 842.

8/ Brigitte Bailer/Winfried R. Garscha/Wolfgang Neugebauer: Herbert Steiner und die Gründung des DÖW, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. DÖW-Jahrbuch 2013. Wien 2013, S. 43–62.

Josefine Brunner (1909–1943) – eine Frau vor dem Volksgerichtshof

GISELA HORMAYR

Es sind nur wenige Stellen in den erhaltenen Verhörprotokollen der Gestapo Innsbruck, in denen die am 26. Februar 1909 in Innsbruck geborene Josefine Brunner etwas von sich selbst preisgibt. Während ihre Tätigkeit im Rahmen eines Netzes von Widerstandsgruppen in Südbayern und Österreich gut dokumentiert und rekonstruierbar ist, bleibt ihre Persönlichkeit wenig greifbar. Aus der Anklageschrift des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof erfahren wir, dass sie ihre Kindheit bei den Großeltern väterlicherseits in Rovereto im Trentino verbrachte und nur selten mit den Eltern Josef und Agnes Ragnes und zwei jüngeren Geschwistern zusammentraf.¹ Die Eltern heirateten erst 1914. Sie habe sich, so Josefine Brunner später im Gestapo-Verhör, als uneheliches Kind immer als „schwarzes Schaf“ in der Familie empfunden.² Zur Aussöhnung mit der Mutter, unnahbar und häufig auf Reisen, kommt es erst in der Zeit nach ihrer Verhaftung.³

Kaum der deutschen Sprache mächtig, kehrt Josefine Brunner nach dem Tod der Großeltern 1924 nach Kirchbichl zurück, dem Wohnort der Familie. Sie arbeitet als Hausangestellte, eine 1926 früh geschlossene Ehe mit dem Tischlergesellen Josef Welser wird 1935 geschieden. Noch im selben Jahr beziehen Josefine und ihr späterer Ehemann Alois („Luis“) Brunner eine gemeinsame Wohnung in Wörgl. Brunner, Hilfsarbeiter in einem Sägewerk und später bei der damaligen Südbahn, war seit Mitte der 1920er Jahre Mitglied der *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ), und seine politische Betätigung brachte ihm bereits im August 1926 eine erste Verurteilung ein.⁴ Im Februar 1934 nahm er an den bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Formationen der Tiroler Heimatwehr und dem Republikanischen Schutzbund im Raum Wörgl teil und wurde gemeinsam mit elf weiteren Genossen am 31. März 1934 wegen gewaltsamen Widerstands gegen die Obrigkeit angeklagt.⁵ Nach der Verbüßung einer mehrmonatigen Haftstrafe im Gefangenenhaus in Stein an der Donau dauerte es nur wenige Wochen, bis er ein weiteres Mal vor Gericht stand, dieses Mal wegen

des Besitzes und der Weitergabe sozialdemokratischer Flugblätter.

„Neu Beginnen!“

Als Josefine und Alois Brunner Anfang 1937 gemeinsam politisch aktiv werden, gilt ihr Kampf nicht dem Austrofaschismus, sondern dem als wesentlich bedrohlicher wahrgenommenen NS-Regime.⁷ Waldemar von Knoeringen, bayerischer SPD-Funktionär und Mitglied des *Reichsbanner*, war im März 1933 auf seiner Flucht vor den Nationalsozialisten für einige Wochen bei GenossInnen in Wörgl untergekommen und in dieser Zeit auch Alois Brunner begegnet. Vor Hitler hatte er schon frühzeitig gewarnt: „Dieser Mann, mit dessen Geschichte ich mich so sehr befaßte und dessen Reden ich bis zum Übelwerden anhörte, wird nie der Befreier der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes sein. Er wird eher sein Totengräber.“⁸ Im tschechischen Nýrsko/Neuern zunächst als Grenzsekretär für die Exilorganisation der SPD (*Sopade*) tätig, nahm Knoeringen den Kontakt zu den Wörgler Freunden offenbar bereits 1935 wieder auf und informierte sie über die Ziele der sozialistischen Gruppierung *Neu Beginnen*, benannt nach dem Titel eines 1933 unter dem Pseudonym „Miles“ erschienenen Manifests des SPD-Politikers Walter Loewenheim.⁹ Die darin vorgenommene Analyse der politischen Lage stieß auf beträchtliche Resonanz in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung: Loewenheim übte darin scharfe Kritik an der Fehleinschätzung des faschistischen Regimes durch SPD und KPD als vorübergehendes Phänomen, und hielt jede Agitation in der Illegalität, wie das massenweise Verteilen von Flugblättern oder Sabotageakte, unter den gegebenen Umständen für ein unnötiges und sinnloses Risiko. Illegale Arbeit müsse vielmehr in der systematischen Sammlung von Informationen abseits der NS-Propaganda sowie der Schulung ausgewählter Kader bestehen, die dann nach dem Ende des Faschismus zum Aufbau einer sozialistischen Ordnung bereit wären. Josefine Brunner wird später beteuern, sich mit dieser und anderen theoretischen Schrif-

ten der Bewegung nicht beschäftigt zu haben: „Ich selbst habe diese Broschüre nie gelesen, sondern nur Michl hat mir wohl einiges darüber erzählt, doch kann ich mich daran heute nicht mehr erinnern.“¹⁰

Als Knoeringen anlässlich eines Treffens in Salzburg den Aufbau einer Widerstandsgruppe in Wörgl auf der Grundlage der von „Miles“ propagierten Prinzipien vorschlägt, sind sie und ihr Mann zur Mitarbeit bereit. Die Verbindung zu Knoeringen und den auch in Augsburg, München, Innsbruck, Salzburg und Wien entstehenden Gruppen übernimmt der junge Handelsangestellte Johann Lenk, der als Rädelsführer der Februarkämpfe in Wörgl zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt worden ist. Nach seiner vorzeitigen Entlassung im Mai 1935 lebt er bei Knoeringen und dessen Frau in der Tschechoslowakei.¹¹ Wegen der Vorstrafen Alois Brunners, die seinen aktiven Einsatz nicht ratsam erscheinen lassen, wird gemeinsam eine entsprechende Vorbereitung Josefine Brunners beschlossen.

Während einer ersten Reise nach Budweis und Prag im Sommer 1937 erhält sie „den nötigen Schliff nach außen“¹² und eine Ausbildung in der Handhabung neu entwickelter chemischer und photographischer Techniken, die es ermöglichen sollten, im Sinne von Loewenheim das Informationsmonopol der NS-Regierung zu unterlaufen: „Das technische Büro von Neu Beginnen hatte sich inzwischen außerordentlich vervollkommen. Es wurde [...] hauptsächlich mit Mikrophotos gearbeitet. Die Schweiz lieferte Filme, die so hauchdünn waren, daß sie auf der Zunge zergingen. Auf einem Bild von 24x36mm, Leica, waren 12 Schreibmaschinseiten aufgenommen. Auf diese Weise wurden ganze Broschüren auf winzigen Filmen zusammengedreht, mit Präservativgummi verschlossen und im Munde transportiert. [...] Die Filme wurden auch in Schlüsseln versteckt, die eigens hierzu angefertigt bzw. zurechtgefeilt waren, in Knöpfen usw. Am Tatort wurden die Schlüssel etc., ohne daß die Partner miteinander in Berührung kamen, ausgetauscht.“¹³

Die Funktion dieser Schlüssel, die Handhabung unsichtbarer Tinte und an-



Waldemar von Knoeringen (1906–1971)

derer konspirativer Methoden, deren Nachweis der Gestapo nach einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Ehepaars Anfang Oktober 1942 möglich wurde, fanden später sowohl in der Anklageschrift als auch im Urteil des Volksgerichtshofs ausführliche Erwähnung. Bereits bei diesem ersten Besuch lernt Josefine Brunner, unter dem Decknamen „Erika“, eine Reihe weiterer Funktionäre der Organisation kennen, unter ihnen den Wiener Lehrer Otto Haas, der nach der endgültigen Emigration von Knoeringen über Paris nach London die politische Arbeit in Österreich koordiniert. Josefine ist als Kurierin zuständig für die Kontakte zwischen den Gruppen und die Beschaffung von Informationen über Eisenbahntransporte aus dem Deutschen Reich nach Spanien. Nach einer letzten Zusammenkunft mit Knoeringen in Zürich im August 1939 reißt der Kontakt zu ihm ab, aber die Tätigkeit der bayerischen und österreichischen Widerstandsgruppen wird auch nach Kriegsbeginn fortgesetzt. Die zahlreichen geheimen Treffen in Wien und Salzburg sowie im Landhaus des Münchner „Stützpunktleiters“ (so eine von der Gestapo verwendete Bezeichnung) Hermann Frieb am Ammersee dienen der Besprechung der aktuellen Lage und dem Austausch von Nachrichten.¹⁴ Erst der Verlauf des Russlandfeldzugs, in dem viele Mitglieder ein Anzeichen für das herannahende Ende des nationalsozialistischen Regimes erblicken, führt zu Diskussionen über die Notwendigkeit von Aktionen. Der Transport einer geringfügigen Menge von Eisenfeilspänen

für die mögliche Sabotage von Eisenbahnwaggons und sechs Pistolen von Augsburg nach Wörgl wird Josefine Brunner später als Beweis ihrer Gewaltbereitschaft besonders erschwerend zur Last gelegt.¹⁵ Innerhalb der Organisation umstrittene Kontakte der Salzburger Gruppe zu einer KPÖ-Zelle unter den Eisenbahnern, über deren Existenz die Gestapo durch einen Spitzel seit geraumer Zeit Bescheid wusste, führen schließlich ab Anfang 1942 zur Aufdeckung des Widerstandsnetzes und zur Verhaftung von über 200 Mitgliedern der *Revolutionären Sozialisten*, so die in den Ermittlungsakten der Behörden verwendete Bezeichnung. Die Gruppenmitglieder selbst vermieden in der Regel Zuschreibungen wie auch den ursprünglichen Namen *Neu Beginnen*.¹⁶

Gestapohaft

Zwischen der Festnahme des Ehepaars Brunners am 16. April 1942 und der Verhandlung des Volksgerichtshofs in Innsbruck am 28. Mai 1943 liegt mehr als ein Jahr. Die Ermittlungen führt Kriminalangestellter Ernst Wieser aus dem Referat II A der Innsbrucker Gestapo, zuständig für die Bekämpfung der „Linksopposition“. Aufzeichnungen über die Verhöre der ersten Wochen der Haft fehlen im Innsbrucker Akt, ihr Verlauf kann nur indirekt aus späteren Verhörprotokollen und einem Gestapobescheid nach Abschluss der Ermittlungen erschlossen werden. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass auf „verschärfte Vernehmungen“ – etwa Schlafentzug und reduzierte Verpflegung – verzichtet wurde, zumal Josefine Brunner sich offenbar zunächst wenig gesprächsbereit zeigte. Erst die Verhaftung von Otto Haas in Wien im Juli 1942, die Konfrontation mit den von ihm unter Folter preisgegebenen Informationen und die Anwesenheit des Wiener Gestapobeamten Eduard Moser, der Haas verhört hatte, in Innsbruck scheinen ihren Widerstand zumindest teilweise gebrochen zu haben: „Auf Grund des neuen Beweismaterials hat die Frau Josefine Brunner ein umfassendes und erschöpfendes Geständnis abgelegt, das zur Aufklärung noch unklarer Tatbestände wesentlich beigetragen hat. Unter dem Vorhalte des neuen Beweismaterials hat sie eingesehen, daß ein weiteres Verschweigen von Umständen und Zusammenhängen in Bezug auf die illegale Organisation der RS für sie nur zum Nachteile ist. Sie rückte daher von ihrem bisherigen Standpunkt, nur das anzugeben, was die Polizei bereits weiß, ab.“¹⁷



Die von Josefine Brunner transportierten Pistolen (Tiroler Landesarchiv)

Moser verhört Josefine Brunner allein am 30. September 1943 und gemeinsam mit Wieser am 1., 2., 7. und 8. Oktober. Ob diese Informationen tatsächlich so umfassend und freiwillig waren, erscheint bei genauerer Untersuchung der vorliegenden Vernehmungsniederschriften zumindest fraglich, auch wenn Hinweise auf Misshandlungen und Folter in derartigen Dokumenten vermieden werden, um die Verurteilung nicht zu gefährden.¹⁸ Immer wieder macht Josefine Angaben erst „auf Befragen“ und „Vorhalt“, in einem Fall „nach nochmaliger eingehendster Befragung und Wahrheitserinnerung“. Dem Eingeständnis von Details folgt umgehend die Behauptung von Erinnerungslücken dort, wo es um Wesentliches geht: „[...] ist es mir mit Hilfe des Vergrößerungsglases gelungen, den Inhalt dieses Films zu entziffern, jedoch ist mir darüber mit dem besten Willen nichts mehr erinnerlich“.¹⁹ Josefine Brunner beharrt darauf, nun wirklich alles angegeben, die „volle Wahrheit gesagt, wissentlich nichts verschwiegen“ und ihre „Angaben ohne irgendwelche Beeinflussung gemacht“ zu haben – und unterschreibt Floskeln wie sie sich so oder ähnlich in vielen Verhörprotokollen finden: „[...] und ich kann heute mit ruhigem Gewissen sagen, dass ich in jeder Hinsicht geheilt bin und mich Zeit meines Lebens nie mehr und in keiner Richtung hin irgendwie illegal politisch betätigen werde. Es ist dies meine innerste und überzeugende Selbsterkenntnis.“²⁰ Sollte Gestapobeamter Wieser gehofft haben, die Eheleute in getrennt durchgeführten Verhören in Widersprüche zu verwickeln oder sie zu gegenseitigen Schuldzuweisungen bewegen zu können, so wird er enttäuscht. Dass sie ihre Widerstandstätigkeit unter dem Einfluss Waldemar von Knoeringens aufgenommen hat, gibt Josefine hingegen offen zu. Sie bestätigt damit nur eine von vielen ZeitzeugInnen erinnerte Faszination, die von seiner Person ausging und ihn zur charismatischen Figur der *Neu*

Beginnen-Bewegung machte.²¹ Ihm gegenüber fühlte sie sich wegen des in sie gesetzten Vertrauens besonders verpflichtet. Auch die Aussagen von Haas und Rudolf Polak vermitteln keineswegs den Eindruck, dass Josefine Brunner nur eine ahnungslose Kurierin gewesen sei.²² Haas bezeichnet sie als „Stützpunktleiterin“ der Wörgler Gruppe, mit der er die politische Lage erörterte und die er in „marxistischem Gedankengut“ festigte.²³ Insofern erscheint es nur konsequent, dass die am 1. März 1943 fertiggestellte Anklageschrift ihr die gleiche Schuld zumisst wie ihrem Mann, mit dem sie „fortgesetzt und gemeinschaftlich miteinander und mit Anderen das hochverräterische Unternehmen, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern“ vorbereitet habe. Neben der Vorbereitung des Hochverrats wurde Josefine und Alois Brunner Feindbegünstigung (§ 91b RStGB), der Verrat von Staatsgeheimnissen und das Abhören von Feindsendern zur Last gelegt.²⁴

Opfer? Täterin?

Ergebnisse eines zwischen 2000 und 2006 durchgeführten Forschungsprojekts der Universität Marburg und des DÖW,²⁵ im Zuge dessen über 10.000 historische Akten zu Verfahren gegen ÖsterreicherInnen vor dem VGH und dem Oberlandesgericht Wien ausgewertet wurden, machen deutlich, wie ambivalent die Haltung der NS-Justiz in politischen Prozessen gegenüber Frauen war. Sie bescheinigte ihnen einerseits immer wieder explizit ihre geringere Verantwortlichkeit aufgrund der ihnen zugeschriebenen Rolle in der NS-Volksgemeinschaft, die politisches Handeln und selbständige Widerstandstätigkeit ausschloss, und verhängte vergleichsweise milde Strafen.²⁶ Das dominierende Tatmotiv, so die Begründung, sei in ihrer engen Bindung an den Ehemann oder den Geliebten zu sehen, ein eigener „Täterwille“ nicht vorhanden. Berücksichtigt wurden im Einzelfall auch zusätzliche Faktoren, etwa ihr Alter oder die emotionale Belastung durch den Kriegseinsatz eines nahen Angehörigen.²⁷ Verfahren gegen Frauen wurden zudem wesentlich häufiger an die Oberlandesgerichte abgegeben, wo in der Regel ein geringeres Strafausmaß zu erwarten war als in einem Prozess vor dem VGH. Andererseits wurde, wenn wie im Fall von Josefine Brunner die Frau eindeutig als Staatsfeindin identifiziert war, keinerlei Nachsicht geübt. Dass die Richter ihre Schwierigkeiten mit derart widerständigen



Josefine Brunner (1909–1943) und Alois Brunner (1907–1943)

(Privatbesitz)

gen Frauen hatten, lässt die Formulierung der Urteilsbegründung vermuten: So wird Josefine Brunner zunächst als „sehr intelligente Person“ bezeichnet, der selbstverständlich klar gewesen sein müsse, dass die Ziele ihrer Organisation nur mit Gewalt zu verwirklichen waren. Sie habe sich „jahrelang mit einer für eine Frau geradezu beispiellosen Einsatzbereitschaft für die Organisation Knöringens [sic] betätigt, deren Fäden sie in der Hand hielt“. Auf diese Art und Weise sei sie „zu einer der wichtigsten und infolge ihrer ausgedehnten Reisetätigkeit unentbehrlichsten Mitarbeiterin [sic]“ Knoeringens geworden. Nur wenige Zeilen später, in der Beurteilung der Schuld von Alois Brunner, wird festgehalten, dass am Ende doch er die Verantwortung zu tragen habe: „In Wirklichkeit hat Alois Brunner auch seinerseits für alles einzustehen, was seine Frau tat; denn diese handelte nicht nur mit seinem Einverständnis, sondern geradezu in seinem Auftrage.“ Einen Beweis für diese Sichtweise sah das Gericht nicht zuletzt in der Wahrnehmung, dass das Ehepaar „in bestem Einvernehmen“ miteinander lebte. Seine Vergangenheit als „alter Revolutionär und Aktivist“ zeige eindeutig, dass er seine Frau „auf dem Gewissen“ habe. Während Josefine Brunner hier also innerhalb weniger Seiten von einer verantwortlichen Führungspersönlichkeit des Widerstands zum Opfer ihres Ehemannes mutierte, wurde ihr am Ende der Urteilsschrift, mit einem neuerlichen Hakenschluss, die gleiche schwerwiegende Verantwortung für das todeswürdige Verbrechen des Hochverrats auferlegt: „Alois und Josefine Brunner haben durch ihre Tat bewiesen, dass sie unver-

besserliche Staatsfeinde sind. Sie sind ihrem angestammten Volke in diesem schweren Existenzkampf in gemeinster Weise in den Rücken gefallen und haben dadurch das Recht verwirkt, in seiner Mitte weiter zu leben.“²⁸

Vergebliche Hoffnung

Noch bleibt die Möglichkeit eines Gnadengesuchs. Nicht alle von einem NS-Gericht zum Tod Verurteilten nützen sie, aber Josefine Brunner wendet sich am 30. Mai 1943, zwei Tage nach der Urteilsverkündung, an den „Präsidenten des Volksgerichtshofs“. Sie schreibt auch im Namen ihres Ehemanns und bittet um Umwandlung des Todesurteils in eine zeitliche Haftstrafe. Es handelt sich um ein in mehrfacher Hinsicht aufschlussreiches Dokument: Zwar beteuert auch sie, wie alle VerfasserInnen derartiger Gnadenbitten, dass sie ihr Vergehen zutiefst bereue, sie erst in der Haft das Wesen des Nationalsozialismus zu verstehen gelernt habe und in Zukunft mit ganzer Kraft für das deutsche Volk arbeiten wolle, um ihre Schuld abzutragen. Jede Distanzierung von den politischen Zielen jedoch, für die sie und die vielen AktivistInnen des Widerstandsnetzes sich mit Überzeugung eingesetzt hatten, fehlt. Ihr Irrtum sei vielmehr die Einschätzung der Person Waldemar von Knoeringens gewesen: „Ich kann nur versichern, dass ich im besten Glauben an die idealen Ziele v. Knöringens und im vollsten Vertrauen auf seine absolut anständige Gesinnung mich zur Teilnahme an seiner Organisation bereit erklärte. Dutzende von Michls Aussprüchen könnte ich anführen, die für mich Gewähr waren, dass Terror oder Gewalt für



Polizeifoto von Josefine Brunner, Innsbruck 1942

(Bundesarchiv Berlin)

seine Organisation nicht in Frage kämen.“²⁹ Dass schon längst kein Kontakt mehr zu ihm bestand und ihm die Verantwortung für die angebliche Planung von Sabotageakten kaum angelastet werden konnte, war unerheblich. Josefine Brunner will sich rechtfertigen und weiß, dass Knoeringen in England in Sicherheit ist. Am gleichen Tag verfasst auch ihre Mutter Agnes Ragnes ein Gnadengesuch, ihr drittes Schreiben nach Berlin seit der Verhaftung der Tochter. Ragnes, eigener Aussage zufolge schon vor 1938 NSDAP-Mitglied und glühende Verehrerin des „Führers“, ist von der positiven Erledigung ihrer Gnadenbitte überzeugt: Sie selbst sei trotz ihres schlechten Gesundheitszustands in der NS-Frauenschaft tätig, der Sohn stehe in Serbien an der Front, der Mann ihrer zweiten Tochter liege schwer verletzt in einem Lazarett, mehrere Familienmitglieder seien als „Illegale“ vor 1938 in Haft gewesen. Die Hoffnung einer leidgeprüften Mutter könne der Führer unmöglich enttäuschen.³⁰ Eine Stellungnahme der Haftanstalt Innsbruck lässt ebenfalls hoffen: Josefine Brunner wird darin als „mustergültige“ Gefangene geschildert, in ihrem Arbeitseifer ein Vorbild für andere Gefangene. „Ich habe im gegebenen Fall nach längerer Beobachtung die Überzeugung gewonnen, dass Josefine Brunner ihre Fehltritte zutiefst bereut und im Falle der Gewährung der gnadenweisen Nachsicht von der schwersten Strafe einem in Zukunft arbeitsamen und sich jeder verbotenen politischen Tätigkeit enthaltenden Menschen das Leben geschenkt wird.“³¹ Eine Beurteilung des Häftlings war im Falle eines Gnadengesuchs verpflichtend einzuholen – ob eine positive Einschätzung je Einfluss auf die Entscheidung der Gnadenbehörde hatte, ist nicht nachzuweisen. Begnadigungen von in Hochverratsprozessen zum Tod Verurteilten wurden nur in seltenen Fällen in Erwä-

gung gezogen, etwa wenn Interventionen über Beziehungen der Angehörigen zu Parteikreisen erfolgten.³² Sie retteten das Leben der Eisenbahner Alfred Reska und Karl Seywald, die zu den wichtigsten Kontakten Josefine Brunners in Salzburg zählten und die am 28. September 1943 zum Tod verurteilt, im Februar 1944 aber begnadigt wurden: Der Sohn Reskas war im Fronteinsatz, die Tochter Sportreferentin bei der Hitlerjugend, und Gauleiter Gustav Adolf Scheel hatte sich bei einem der häufigen Besuche Hitlers in Schloss Kleßheim persönlich für einen Gnadenerweis eingesetzt.³³

Hinrichtung in München-Stadelheim

Am 4. Juni 1943 werden Josefine und Alois Brunner gemeinsam mit den ebenfalls in Innsbruck zum Tod verurteilten „Stützpunktleitern“ von Augsburg und München, Bebo Wager und Hermann Frieß, in die Haftanstalt München-Stadelheim überstellt. Der Termin der Verlegung kommt überraschend: „*Liebe Mama u. Maria! Sicher habt ihr schon erfahren, dass Luis u. ich von Ib. weg sind. Vorauszusehen war es ja, nur dachte ich nicht so schnell daran. Ich war mit Luis am Transport beisammen und das war mir nach und in all dem kommenden Leid der einzige Trost. Ich habe meinem Luis fest versprochen, tapfer und stark zu bleiben auch wenn es zum Letzten kommen sollte. Dieses Versprechen will ich auch halten, wenn (es) auch manchmal Stunden kommen in denen es mir schwer fällt nicht laut zu weinen. Kein Mensch kann nachfühlen, was es heisst, zum Tode verurteilt zu sein. Wenn man hin und her gerissen wird zwischen Hoffnung und Verzweiflung, dann stirbt man täglich eines mehrfachen Todes.*“³⁴

Während der folgenden Wochen können die Gefangenen Besuche von Familienangehörigen empfangen, auch zwei kurze Wiedersehen und der Austausch

von Briefen werden den Eheleuten gestattet.³⁵ Von der Möglichkeit einer Begnadigung sind sie selbst ebenso wie ihre Freunde bis zuletzt überzeugt.³⁶ In ihrem letzten längeren Brief an die Mutter am 29. August 1943 spricht Josefine zuversichtlich von einem Leben in Freiheit, in dem sie und ihr Mann sich für alle Bemühungen um ihre Rettung erkenntlich zeigen werden: „Mama, Du sollst Deine Sorgen und Mühen nicht an Unwürdige verschwendet haben.“ Sie weiß, wie alle Gefangenen, dass ihre Briefe gelesen werden, bevor sie die Poststelle der Haftanstalt verlassen. Die folgenden Zeilen mögen Ausdruck tatsächlicher tiefer Resignation sein, wurden aber vielleicht auch im Hinblick auf die erhoffte Begnadigung verfasst: „Ich, und ich glaube bestimmt auch Luis, haben längst eingesehen, dass das, was uns als Ideal vorschwebte, eine Utopie ist und bleiben wird. Es müsste denn sein, die Menschen würden zu Engeln und dazu besteht wahrlich keine Aussicht.“ Schwer zu interpretieren bleibt, auch unter Berücksichtigung der Entstehungsbedingungen der Briefe, ihre scheinbar positive Erinnerung an die Haftzeit in Innsbruck: „Vielleicht wäre manches anders gekommen, wenn ich den Geist, der in der Gestapo herrscht, früher kennengelernt hätte.“ Der Gestapobeamte Wieser hatte es offenbar verstanden, ihr Vertrauen zu gewinnen und Josefine Brunner bittet ihre Mutter ausdrücklich darum, ihm Grüße auszurichten, sollte sie ihn persönlich treffen.³⁷

Die Vollstreckung des Urteils ist zu diesem Zeitpunkt längst beschlossen. Am 13. August 1943 ergeht eine Stellungnahme des Oberreichsanwalts zu den Gnadengesuchen. Während das Todesurteil für Alois Brunner, dem Verfasser zufolge, keiner Diskussion bedarf, wird die Schuld Josefine Brunners in Frage gestellt: „Von ihr gewinnt man den Eindruck, als ob sie in der Hauptsache nur Botin und Werkzeug in der Hand des Spitzenfunktionärs und der anderen Funktionäre gewesen sei und unter deren Einfluß gestanden habe. Auch die Polizei sieht in ihr letzten Endes eine verführte Mitläuferin, die keinen großen eigenen Willen auf politischem Gebiet entfaltet hat.“ Trotz ihrer aufrichtigen Reue sei jedoch die Schwere des Vergehens in Kriegszeiten zu bedenken, und es klingt am Ende fast wie Bedauern: „daß sich die Vollstreckung des Todesurteils auch bei ihr nicht wird umgehen lassen“ Der ergänzende Kommentar eines zweiten Juristen plädiert ebenfalls für die Vollstreckung des Urteils, allerdings –

einmal mehr – mit völlig unterschiedlicher Einschätzung ihrer Persönlichkeit: Josefine Brunner trage die volle Verantwortung für ihre Vergehen, denn es handle sich bei ihr um eine „einsatzbereite, willensstarke Kämpfernatur“, der gegenüber ein Gnadenrweis keinesfalls zu rechtfertigen sei.³⁸

Von ihrer bevorstehenden Hinrichtung erfuhren die Verurteilten in der Regel erst wenige Stunden vor dem festgesetzten Zeitpunkt. Es bleibt Zeit für Abschiedsbriefe, wenn erwünscht auch für den Besuch des Anstaltsgeistlichen. Alois Brunner schreibt an seine Schwiegermutter und an seine Schwester Josefa,³⁹ Josefine ein letztes Mal an ihre Familie, versöhnt mit der Mutter und dem Glauben ihrer Kindheit: „*Mein liebes Mutterl u. Geschwister! Nun ist es Gewissheit, dass ich zum letztenmal in meinem Leben eine Feder zur Hand nehme. Bitte Mutter, verzeihe mir, was ich Dir gewollt und ungewollt an Verdruss u. Kummer bereitet habe. Ich bin dabei, mit allem Irdischen abzuschließen und hoffe, dass unser Herrgott mir ein gnädiger und auch gerechter Richter sein wird. Wenn Du mir noch ein Gutes tun kannst, dann bete manchmal für mich, wie auch ich es tun werde, wenn ich vor Gottes Angesicht treten darf. Dir und allen Bekannten wünsche ich das allerbeste für diese Welt. Möge mein Bruder gesund zu seiner Familie zurückkehren und Marias Leben sich nach ihrem Wunsch gestalten, damit Du Liebe Mutter wenigstens an diesen Beiden für alle Sorgen entschädigt wirst. Bewahret Luis und mir ein gutes Angedenken und seid alle noch einmal recht herzlich begrüßt von*

Eurer Fini

Mit unseren Sachen verfährt nach Euren Gutdünken.“

Ein Abschied bleibt den Eheleuten verwehrt. An Justizminister Thierack ergeht am 11. September 1943 die übliche routinemäßige Mitteilung über die Vollstreckung des Urteils: „Der Hinrichtungsvorgang dauerte vom Verlassen der Zelle an gerechnet 1 Minute 1 Sekunde bzw. 1 Minute 4 Sekunden, von der Übergabe an den Scharfrichter bis zum Fall des Beils 11 bzw. 12 Sekunden. Zwischenfälle oder sonstige Vorkommnisse von Bedeutung sind nicht zu berichten.“

Waldemar von Knoeringen, der erst im April 1946 endgültig nach Deutschland zurückkehrt, hält sich im Jänner dieses Jahres zu einem ersten kurzen Besuch in München auf. Erst jetzt erfährt er, dass seine engsten Weggefährten im Widerstand nicht mehr am Leben sind.⁴⁰

Anmerkungen:

- 1/ DÖW 3383, ORA beim VGH, Anklageschrift gegen Alois Brunner, Josefine Brunner, Balthasar Höck, Johann Loibichler, Johanna Hofer, Frieda Haupt, Otto Thies, 7 J 421/42 v. 1.3.1943, S. 5.
- 2/ Tiroler Landesarchiv (TLA), Bundespolizeidirektion Innsbruck, NS-Dokumentationsmaterial 5/1–5/11, Einvernahme von Josefine Brunner, 8.10.1942, S. 12.
- 3/ Vgl. Horst Scharnagl/Christa Brückel: Nachforschungen über Josephine B., in: Horst Scharnagl (Hg.): Das hört nie auf. Lebensgeschichten vom Anfang des Faschismus bis heute. Frankfurt am Main 1983, 97–124, hier 100f.
- 4/ TLA, Bestätigung über die Verbüßung einer 14tägigen Arreststrafe durch die Gefangenenhausverwaltung Innsbruck, 5.2.1927.
- 5/ Ebd., Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Innsbruck, 31.3.1934, S. 3.
- 6/ Ebd., Straferkenntnis der Bezirkshauptmannschaft Kufstein, 21.12.1934.
- 7/ Ebd., Einvernahme von Josefine Brunner, 8.10.1942, S. 13.
- 8/ Hartmut Mehringer: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie. München u.a. 1989, S. 34.
- 9/ Werner Röder/Herbert A. Strauss (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1. München 1999, S. 454.
- 10/ TLA, Einvernahme von Josefine Brunner, 8.10.1942, S. 2. „Michl“ war der Deckname Waldemar von Knoeringens.
- 11/ Gisela Hormayr: Johann Lenk (1905–1945). „A lifelong rebel, a faithful socialist“, in: *Tiroler Heimatblätter*, Nr. 1/2022, S. 10–20, hier S. 14f.
- 12/ TLA, Einvernahme von Josefine Brunner, 8.10.1942, S. 13.
- 13/ Waldemar von Knoeringen: Die Sozialdemokratie in der Illegalität. Bericht von Waldemar von Knoeringen über seine illegale Tätigkeit, zit. nach Mehringer: Knoeringen, S. 124.
- 14/ TLA, NS-Dokumentationsmaterial 5/1–5/11, Bericht der Gestapo München, 4.9.1942, S. 13f.
- 15/ DÖW 3217, VGH-Urteil gegen Alois Brunner, Josefine Brunner, Balthasar Höck, Johann Loibichler, Johanna Hofer, Frieda Haupt, Otto Thies, 7 J 421/42 v. 28.5.1943, S. 12 und 18.
- 16/ „Einen Namen hat unsere illegale Organisation eigentlich nie gehabt.“ (TLA, Einvernahme von Josefine Brunner, 8.10.1942, S. 2).
- 17/ TLA, Gestapo Innsbruck, Ergänzung zum Schlussbericht vom 30. Juli 1942, 8.12.1942, S. 1.
- 18/ Zur Interpretation von Vernehmungsprotokollen der Gestapo: Bernd A. Rusinek: Vernehmungsprotokolle, in: Bernd A. Rusinek: Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit. Paderborn 1992.
- 19/ TLA, Einvernahme von Josefine Brunner, 30.9.1942, S. 1f.
- 20/ Ebd., Einvernahme von Josefine Brunner, 8.10.1942, S. 14.

- 21/ Mehringer: Knoeringen, S. 4 und 35f.
- 22/ Vgl. etwa TLA, NS-Dokumentationsmaterial 5/1–5/11, Einvernahme von Rudolf Polak, 28.7.1942, S. 9. Polak wurde gemeinsam mit Haas verhaftet und beging im Oktober 1942 Selbstmord. Er kannte Josefine Brunner aus Wien und von einem Besuch in Wörgl.
- 23/ DÖW (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, Bd. 2. Wien 1975, S. 66.
- 24/ DÖW 3383, Anklageschrift.
- 25/ Wolfgang Form/Wolfgang Neubauer/Theo Schiller (Hg.): NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945: Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und dem OLG Wien. München 2006.
- 26/ Ebd., S. 642–649.
- 27/ Z.B. VGH-Urteil gegen Hermann Frieb u.a., 6 J 135/42 v. 27.5.1943.
- 28/ DÖW 3217, VGH-Urteil, S. 16–18. Von den fünf weiteren Angeklagten wurden Johann Loibichler, Otto Thies und Balthasar Höck zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, Frieda Haupt und Johanna Hofer freigesprochen. Thies verstarb noch im Sommer 1943 in Haft, Loibichler und Höck kamen 1945 frei.
- 29/ Bundesarchiv Berlin, R 3017/25496, Gnadenheft von Josefine Brunner.
- 30/ Ebd., Schreiben an die Kanzlei des Führers, 30.5.1943.
- 31/ Ebd., Schreiben des Vorstands der Vollzugsanstalt beim Landgericht Innsbruck, 31.5.1943.
- 32/ Von 814 in der NS-Zeit zum Tod verurteilten ÖsterreicherInnen wurden mindestens 681 (ca. 84 Prozent) hingerichtet.
- 33/ DÖW 2182, VGH-Urteil gegen Alfred Reska, Karl Seywald und Engelbert Weiß, 7 J 209/43 v. 28.9.1943; Interview mit Karl Seywald am 19.3.1982 sowie mit Anna und Eva Reska am 16.11.1982 (Archiv der Stadt Salzburg/Tonarchiv des Karl Steinocher Fonds). Reska und Seywald wurden zu zehn bzw. acht Jahren Zuchthaus begnadigt. Der im gleichen Verfahren zum Tod verurteilte Engelbert Weiß wurde am 7. April 1944 in Wien hingerichtet.
- 34/ Brief von Josefine Brunner vom 13.6.1943 an Mutter und Schwester.
- 35/ Briefe vom 20.6.1943, 9.7.1943, 22.7.1943 und 19.8.1943 (im Besitz der Verfasserin).
- 36/ In einem Kassiber von Wager wird die Entlassung des Ehepaars Brunner als unmittelbar bevorstehend beschrieben. Eugen Nerdinger: Flamme unter Asche. Augsburg 1979, S. 187.
- 37/ Brief von Josefine Brunner vom 15.8.1943.
- 38/ DÖW 3217, Stellungnahme, IV g 10a 1045/43g v. 13.8.1943, S. 1f.
- 39/ Brief vom 9.9.1943 an Josefa Frühwirth und ihren Mann. Der Brief ist nur in Abschrift erhalten, das Original wurde Waldemar von Knoeringen übergeben, den Alois Brunner hier ein letztes Mal grüßt: „Bin tapfer gegangen.“ Josefines Vater war 1939 verstorben.
- 40/ Mehringer: Knoeringen, S. 271.

Die Umgestaltung und Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Gusen

MICHAEL HOLLOGSCHWANDTNER

Am 11. Oktober 2023 wurde der Endbericht des Beteiligungsprozesses und der darauf basierende „Masterplan“ zur Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Gusen präsentiert.¹ Damit liegt nun ein Fahrplan zur Umgestaltung der Gedenkstätte an einem der größten Konzentrationslager auf dem Gebiet des heutigen Österreich vor, das in der Öffentlichkeit bislang weitgehend unbekannt blieb.

Der Lagerkomplex Gusen, nur wenige Kilometer vom „Stammlager“ Mauthausen entfernt, umfasste drei Lager. Das erste KZ in Gusen wurde im Mai 1940 offiziell eingerichtet. Zunächst wurde die Mehrzahl der Häftlinge zur Arbeit in den umliegenden Steinbrüchen herangezogen. Nach der Intensivierung alliierter Luftangriffe auf Rüstungsbetriebe wurde ab Anfang 1944 in St. Georgen unter dem Decknamen „Bergkristall“ an einem der größten unterirdischen Rüstungsprojekte des NS-Regimes gearbeitet. Die dafür nach Gusen verlegten KZ-Häftlinge wurden in einem Barackenlager, dem Lager Gusen II, untergebracht. Ende 1944 wurde zu Versorgungszwecken das kleinere Lager Gusen III errichtet.

Innerhalb des Lagersystems von Mauthausen nahm der Lagerkomplex Gusen eine Sonderstellung ein. Er war „mehr ein Doppellager von Mauthausen als ein typisches Außenlager“, wie der Historiker Bertrand Perz einschätzt.² Von der Errichtung bis zur Befreiung im Mai 1945 waren in Gusen mindestens 71.000 Gefangene aus rund 30 Nationen inhaftiert. Trotz der Tatsache, dass die Mehrzahl der verstorbenen Häftlinge von Mauthausen nicht im Hauptlager, sondern in den Außenlagern ums Leben kam, sowie trotz der Bedeutung der Außenlager für die Aufrechterhaltung der NS-Kriegswirtschaft, kam dem Lagersystem Mauthausen kaum Beachtung zu. Das gilt auch für das KZ Gusen, wo mehr Häftlinge festgehalten wurden und ums Leben kamen als im Hauptlager Mauthausen selbst. Während die Republik Österreich aufgrund eines Übereinkommens mit der Sowjetunion dazu verpflichtet war, in Mauthausen eine Gedenkstätte zu errichten, wurde an den Orten ehemaliger Außenlager Relikte beseitigt oder anderweitig genutzt. Wie an vielen Orten des NS-Terrors kamen Bemühungen zur Errichtung von Erinnerungszeichen und zur Aufarbeitung der Geschehnisse auch

in Gusen jahrzehntelang fast ausschließlich von Überlebenden selbst. So geht die bestehende, 1965 eröffnete KZ-Gedenkstätte Gusen (*Memorial de Gusen*) auf eine Initiative italienischer und französischer Überlebender(verbände) zurück, die mit dem Erwerb des Grundstücks (auf eigene Kosten) zur Errichtung der Gedenkstätte dem Abriss des Krematoriums-ovens zuvorkamen.

Erhöhtes Interesse und Ankauf der Grundstücke

Die Aufmerksamkeit für das KZ Gusen in Österreich erhöhte sich erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre im Kontext eines Generationswechsels und eines veränderten gesellschaftlichen Klimas sowie infolge der Aktivitäten der lokalen Gedenkinitiative *Gusen Memorial Committee* (GMC).³ Diese gestiegene Aufmerksamkeit hatte zur Folge, dass das Memorial anlässlich der Befreiungsfeiern im Mai 1997 öffentlich zum Denkmal erklärt und in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Inneres übernommen wurde. Als Teil der geschichtspolitischen Maßnahmen der schwarz-blauen Bundesregierung wurde im Jahr 2004 ein BesucherInnenzentrum in direkter Nachbarschaft zum Memorial eingerichtet, im Jahr darauf folgte die Eröffnung einer Dauerausstellung.⁴ Darüber hinaus übernahm die Republik die Überreste der Stollenanlagen (mit dem NS-Tarnnamen „Bergkristall“) in Gusen und der Nachbargemeinde St. Georgen in ihren Besitz. Die zuständige Bundesimmobiliengesellschaft begann jedoch aus Sicherheitsgründen mit dem Verfüllen der Stollenanlage. Erst nach Protesten lokaler Initiativen wurde dieses Vorhaben gestoppt, wodurch rund als ein Viertel der ursprünglichen Anlage erhalten blieb. Ein Teil davon ist heute für BesucherInnen an wenigen Tagen im Jahr zugänglich.

Die Forderung nach der Erweiterung der Gedenkstätte Gusen blieb aufrecht, insbesondere vonseiten der Republik Polen. In Polen nimmt das Gedenken an die Verbrechen des NS-Regimes im KZ Gusen einen hohen Stellenwert ein – bis zu 27.000 polnische Häftlinge wurden hier ermordet.⁵ Der ehemalige Häftling Stanisław Dobosiewicz spricht dem KZ Gusen die Funktion eines Vernichtungslagers für die polnische Intelligenz zu.

Daher setzte sich die polnische Regierung seit langem für die Überführung von Arealen des ehemaligen KZs in eine Gedenkstätte ein.⁶ Somit können auch außenpolitische Gründe für die Entscheidung angenommen werden, „Ankauf und Weiterentwicklung der Gedenkstätte KZ Mauthausen-Gusen“ im Regierungsprogramm der türkis-grünen Bundesregierung zu verankern. Die Republik Österreich erwarb 2021/22 schließlich drei Grundstücke, auf denen sich ehemalige SS-Gebäude, der Schotterbrecheranlage (das zentrale Gebäude des Steinbruchbetriebes, in dem Tausende Häftlinge bei der Arbeit ihr Leben lassen mussten), Teile des ehemaligen Appellplatzes sowie der Eingangsbereich zum Stollensystem „Bergkristall“ in St. Georgen befinden.

Breite Beteiligung

Nach dem Ankauf der Grundstücke wurde im August 2022 ein Beteiligungsverfahren gestartet. Zur Durchführung dieses in Österreich für NS-Gedenkstätten in seinem Umfang einzigartige Projektes wurde die Arbeitsgemeinschaft aus der Kommunikationsagentur *art:phalanx Kultur & Urbanität* und dem Wiener Architekturstudio *heri&salli* beauftragt. In den Prozess eingebunden wurden u.a.:

- zwei Überlebende des KZ Gusen (der ehemalige Präsident des Internationalen Mauthausen-Komitees Dušan Stefančič sowie der Vorsitzender der polnischen *Vereinigung Ehemaliger Politischer Häftlinge der NS-Gefängnisse und Konzentrationslager*, Stanisław Zalewski),
- nationale und internationale Opfervertretungsorganisationen (wie das *Comité International de Mauthausen* und seine Ländervertretungen oder der KZ-Verband),
- Interessensvertretungen von Opfergruppen (Israelitische Kultusgemeinde Wien, Jehovas Zeugen in Österreich, Kulturverein österreichischer Roma),
- lokale Gedenkinitiativen (etwa den Gemeindeverband *Bewusstseinsregion Mauthausen – Gusen – St. Georgen*, das *Gedenkdienstkomitee Gusen* oder der *Verein Plattform Johann Gruber*),
- diplomatische Vertretungen von 15 Nationen,
- nationale und internationale ExpertInnen (insbesondere aus dem Fachbereich Zeitgeschichte, aber auch aus den Bereichen Anthropologie, Ausstellungsde-

sign, Erziehungswissenschaft und Verkehrsplanung) sowie

- SchülerInnen aus Frankreich, Österreich, Polen und der Tschechischen Republik.

Darüber hinaus wurde auf die Einbindung von AnrainerInnen und der lokalen Bevölkerung Wert gelegt. „[E]in gutes Miteinander zwischen der Bevölkerung und den Besucher*innen der Gedenkstätte“ (S. 19) zu erreichen stellt eines der Zielsetzungen der Neugestaltung dar. Der Lokalhistoriker Rudolf A. Haunschmied äußerte bereits 2012 die Beobachtung, dass sich „mit zunehmender Involvierung übergeordneter Behörden oder nicht-regionaler Interessensgruppen so etwas wie eine neue Ablehnung“ vonseiten der Lokalbevölkerung gegenüber geschichtspolitischen Aktivitäten in Gusen entwickelte. Er riet deshalb dazu: „Allfällige zukünftige Projekte bedürfen daher einer zeitgerechten und behutsamen Involvierung und Aufklärung der betroffenen Bevölkerung.“⁷

Das Beteiligungsverfahren war in zwei Phasen aufgeteilt. Das Ziel der ersten Phase (Analysephase) war es, „die Expertise der verschiedenen Interessensgruppen einzuholen und deren Erwartungen und Bedürfnisse an eine neu gestaltete und erweiterte KZ-Gedenkstätte Gusen zu erheben“. Die zu diesem Zweck entwickelten Beteiligungsformate umfassten Interviews, Workshops, ein Werkstattformat und Informationsveranstaltungen. Die Erkenntnisse dieser Phase bildeten die Grundlage für die inhaltliche Ausrichtung der Phase 2 (Vertiefungsphase), in der weitere Workshops, eine regional und international ausgerichtete Umfrage und ein internationales Jugendprojekt durchgeführt wurden. Abschließend fand eine Diskussionsrunde mit ExpertInnen statt, „deren fachliche Einschätzungen und Beurteilungen die Ergebnisse weitgehend stützten“ (S. 8).

Neugestaltung

Basierend auf einer Analyse der im Rahmen der Beteiligungsformate geäußerten Erwartungen der verschiedenen AkteurInnen wurde ein „Masterplan“ als „klare Empfehlung“ für die politischen EntscheidungsträgerInnen erstellt. Die neu erworbenen Grundstücke sollen in den kommenden Jahren als Gedenkorte gestaltet und an die KZ-Gedenkstätte rund um das Memorial angebunden werden. Die Gedenkstätte Gusen soll so „zu einem europäischen Gedenkort“ weiterentwickelt werden, „der ein würdiges Gedenken an die Opfer“ er-

möglicht (S. 7). Auf Basis der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren wurden sieben thematische Kategorien gebildet, welche die Erwartungen an die Neugestaltung der Gedenkstätte zusammenfassen:

1. „Begegnung und Vernetzung“, insbesondere zwischen der regionalen Bevölkerung und den BesucherInnen der Gedenkstätte sowie zwischen dem Mauthausen Memorial und den regionalen Gedenkinitiativen,
2. „Bildung, Wissen und Vermittlung“,
3. „Gedenkkultur“, worunter Fragen der Repräsentation der Opfer(-gruppen) sowie die Ermöglichung „individuelle[r] symbolische[r] Akte und Rituale“ des Gedenkens subsumiert werden (S. 21),
4. „Gestaltung“, um die „unterschiedlichen Zeitschichten auf den Arealen deutlich zu machen“ (S. 22),
5. „Infrastruktur“, etwa die Schaffung von Begegnungsorten, die Bereitstellung von Unterkünften für mehrtätige Aufenthalte, gastronomische Angebote, die Erstellung eines Mobilitätskonzepts sowie eines umfassenden Leitsystems für die rund 68.000m² großen Grundstücke.
6. „Inhalte und Themen“, womit die Erwartung zum Ausdruck gebracht wird, dass die Gedenkstätte „auch als zeitgeschichtlicher Lernort und ‚Ort der Kommunikation‘ betrachtet wird, der eine Brücke von der Vergangenheit in die Zukunft schlägt.“ (S. 23) Als thematische Schwerpunkte wurden dabei insbesondere die österreichische Nachkriegsgeschichte sowie aktuelle Themen wie Diskriminierung, Menschenrechte und Zivilcourage genannt. Schließlich
7. „Verortung“, womit das Ziel der besseren Sichtbarmachung der Dimensionen des ehemaligen KZs und die Zugänglichkeit des Areals bezeichnet werden.

Im Vergleich zu anderen NS-Gedenkstätten ist dabei einerseits die Kategorie „Begegnung & Vernetzung“ hervorzuheben. Diese beinhaltet die Empfehlung, „eine stärkere Identifikation“ der AnrainerInnen und lokalen Bevölkerung „mit dem Ort [zu] ermöglichen und das Bewusstsein für die Geschichte Gusens“ zu stärken, indem darauf abgezielt wird, für die Bevölkerung einen „Mehrwert“ aus der Umgestaltung zu generieren. Vorgeschlagen werden „die Errichtung öffentlicher Naherholungs- und Aufenthaltsorte“ sowie die Nutzung der Potenziale zur „positiven Entwicklung des Ortsbildes“ und zur „Steigerung des Renommées der Gemeinden“ (S. 19). Ein weiteres Spezi-



fikum könnte in der vorgeschlagenen thematischen Ausrichtung des zukünftigen „Lernorts“ Gusen liegen. Während Menschenrechtsbildung in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Paradigma des „Lernens aus der NS-Vergangenheit“ geworden ist,⁸ könnte durch den inhaltlichen Schwerpunkt auf die Nachnutzung des ehemaligen Lagerareals Gusen die Auseinandersetzung mit postnazistischen Kontinuitäten in Österreich im Zentrum stehen.

Auf Basis der so kategorisierten Vorstellungen und Erwartungen wurde eine Zonierung der Grundstücke vorgenommen, wobei die einzelnen Zonen mit „unterschiedlichen Aufenthaltsqualitäten in Verbindung“ (S. 37) gebracht werden (kontemplative Zonen, kommunikative Zonen, öffentliche Zonen, Ankunftszone, Bildungs- und Vermittlungsbereiche sowie Ausstellungszonen). Als Neubauten vorgesehen sind ein Ankunftsgebäude mit Depot sowie einen „Raum der Stille“ auf dem Areal des ehemaligen Appellplatzes. Auch die Zugänglichkeit zur Stollenanlage „Bergkristall“ soll verbessert werden. Darüber hinaus wurden im „Masterplan“ weitergehende Empfehlungen formuliert. Diese beinhalten eine neuerliche Erweiterung um das „Jourhaus“ (das zentrale Gebäude der Lagerkommandantur) sowie die beiden noch erhaltenen Häftlingsgebäude, die Ausweitung des Unterkunftsangebots in den umliegenden Gemeinden, ein umfassendes (über das Areal der Gedenkstätte hinausgehendes) Mobilitätskonzept sowie die Umbenennung der KZ-Gedenkstätte Gusen in KZ-Gedenkstätte Mauthausen-Gusen. Der Projektzeitraum wurde mit acht Jahren veranschlagt, sodass der „Vollbetrieb“ der Gedenkstätte im Jahr 2031 aufgenommen werden kann (S. 69). Diesem Zeitplan entsprechend soll 2024 ein Gestaltungswettbewerb für architektonische sowie landschaftsplanerische Leistungen beginnen und parallel dazu die Grundlagen für die Gestaltung einer historischen Ausstellung, pädagogischer Formate und digitaler Vermittlungsangebote entwickelt werden.

Um die gesetzliche Grundlage für diesen Prozess zu schaffen, erfolgte bereits der Beschluss des Ministerrats, einen Entwurf zur Novellierung des Gedenkstättengesetzes vorzulegen. Mit der Gesetzesänderung soll die Finanzierung gesichert und das Mauthausen Memorial beauftragt werden, die Pläne zur Erweiterung der Gedenkstätte Gusen zur Umsetzung zu bringen.⁹

Anmerkungen:

1/ KZ-Gedenkstätte Mauthausen/art:phalanx/heri&salli: Beteiligungsprozess und Masterplan zur Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Gusen. Endbericht über den Gesamtprozess inkl. Masterplan, 2023, in: <https://www.gusen-memorial.org/de/Teilnehmen/Erweiterung-der-KZ-Gedenkstaette-Gusen/Endbericht-und-Masterplan-zur-Weiterentwicklung-der-KZ-Gedenkstaette-Gusen> [17.10.2023]. Im Folgenden wird aus diesem Bericht zitiert.

2/ Bertrand Perz: Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen 1945 bis zur Gegenwart. Innsbruck 2006, S. 195.

3/ <http://www.gusen.org> [17.10.2023]

4/ Bertrand Perz: Die Ausstellungen in den KZ-Gedenkstätten Mauthausen, Gusen und Melk, in: Dirk Rupnow/Heidemarie Uhl (Hg.): *Zeitgeschichte ausstellen in Österreich*. Wien 2011, S. 87–116, hier S. 114f.

5/ Stanisław Dobosiewicz: Vernichtungslager Gusen. Wien 2007 (Mauthausen-Studien, Bd. 5), S. 340.

6/ Rudolf A. Haunschmied: Polen in den Konzentrationslagern von Gusen, in: Wanda Jarząbek/Peter Ruggenthaler (Hg.): *Österreich – Polen. Stationen gemeinsamer Geschichte im 20. Jahrhundert*. Graz, Wien 2021, S. 79–121, hier S. 119.

7/ Rudolf A. Haunschmied: Die Bevölkerung von St. Georgen/Gusen und Langenstein. Umgang mit der Lagergeschichte, Ablehnung und Initiativen zur Bewahrung, in: Bogusław Dybaś u.a. (Hg.): *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Polen und Österreich. Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven*. Frankfurt/M. 2013, S. 135–169, hier S. 166f.

8/ Siehe etwa Thomas Sandkühler: Nach Stockholm. Holocaust-Geschichte und historische Erinnerung im neueren Schulgeschichtsbuch für die Sekundarstufen I und II, in: *Zeitschrift für Geschichtsdidaktik*, 11. Jg. (2012), S. 50–76; für NS-Gedenkstätten in Österreich siehe Michael Hollogschwandtner: *Holocaust Education – ein Nebenjob? Zu den Rahmenbedingungen der außerschulischen Erziehung nach/über Auschwitz in Österreich*. Wien 2021.

9/ Bundesministerium für Inneres: Masterplan KZ-Gedenkstätte Gusen für eine zeitgemäße Gedenkkultur, 12.10.2023, in: <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=67335271395A42514936413D> [17.10.2023].

2. Hans-Hautmann-Kolloquium Von der Arbeiterbewegungsgeschichte zur neuen Kulturgeschichte

Am 3. Juli dieses Jahres jährte sich der Todestag von Hans Hautmann zum fünften Mal, am 22. August wäre er 80 Jahre alt geworden. Dies nahm die *Alfred Klahr Gesellschaft* zum Anlass, in Kooperation mit dem *Institut für Historische Sozialforschung* an der Arbeiterkammer Wien und der ITH (*International Conference of Labour and Social History*) zum zweiten Mal ein Hans-Hautmann-Kolloquium durchzuführen.

Hans Hautmann war ein marxistischer Historiker und damit einer der seltenen Vertreter dieser Richtung auf akademischem Boden in Österreich. Er hat Geschichtsschreibung herrschaftskritisch betrieben und es als seine Aufgabe angesehen, in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft für die Interessen der Beherrschten Partei zu nehmen und Geschichte aus deren Perspektive zu betrachten.¹ Das erste Hans-Hautmann-Kolloquium fand im November 2018 – wenige Monate nach seinem Tod – an der Universität Wien statt und hatte die Forschungsfelder von Hautmann zum Gegenstand: die Arbeiterbewegung und ihre Entwicklung mit besonderem Blick auf die Rätebewegung und die Geschichte der KPÖ sowie justiz- und militärgeschichtliche Aspekte insbesondere der Habsburger Monarchie.² Das zweite Hans-Hautmann-Kolloquium setzte sich zum Ziel, Bilanz über die Geschichte der Arbeiterbewegung zu ziehen, Desiderate aufzuzeigen und Perspektiven für künftige Forschungen zu eröffnen.

Der Stellenwert der Arbeiterbewegungsgeschichte hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Ende der 1960er Jahre hatte ihre Erforschung in Österreich einen großen Aufschwung genommen. Arbeiterbewegungsgeschichte wurde zu einem alternativen Wissenschaftsparadigma, nicht zuletzt aufgrund der Publikationsreihen des *Ludwig-Boltzmann-Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung* an der Johannes Kepler Universität in Linz, wo auch Hans Hautmann tätig war. In den 1970er und 1980er Jahren griff die Arbeitergeschichte verstärkt Anregungen der Sozialgeschichte auf. Es folgte eine Ausweitung des Themenspektrums hin zur „Geschichte von unten“. Mit der „Wende“ in Osteuropa in den Jahren 1990/91 geriet auch die Geschichtsschreibung der

Arbeiterbewegung in die Krise. Seither hat sich der wissenschaftliche Mainstream von der Sozial- zur Neuen Kulturgeschichte verschoben. Heute ist die Arbeitergeschichte weitgehend in der Kulturgeschichte aufgegangen.

In ihrer Eröffnungsrede skizzierte Claudia Kuretsidis-Haider die Zielsetzung des Kolloquiums und präsentierte die 2020 im Promedia-Verlag erschienene Publikation von Schriften Hans Hautmanns mit dem Titel „Die österreichische Revolution. Schriften zur Arbeiterbewegung 1917 bis 1920“.³ Zwar rekurrierte Hautmann auf diesen von Otto Bauer geprägten Begriff der österreichischen Revolution, entwickelte diesen aber weiter und beschränkte diese wichtige Phase in der österreichischen demokratischen Geschichte nicht nur auf die Zeit rund um die Ausrufung der Republik Österreich im Oktober/November 1918. Für Hautmann begann die revolutionäre Krise in Österreich bereits im Frühjahr 1917, die sich über die große Streikbewegung im Jänner 1918 und der Republikgründung im November 1918 bis hin zur Rätebewegung des Frühjahrs 1919 erstreckte. In der von Manfred Mugrauer und Claudia Kuretsidis-Haider herausgegebenen Publikation versammeln sich richtungsweisende Aufsätze von Hautmann aus den Jahren 1978 bis 2018, die in diversen Sammelbänden und Periodika veröffentlicht wurden. Sie bieten einen kohärenten Überblick über die Zeit der österreichischen Revolution aus marxistischer Sicht.

Eine Rezension auf der Website des ÖGB beschreibt sehr treffend die Intention des Studienbands: „Der Historiker Leopold von Ranke verglich die Arbeit im Archiv mit der in einem Bergwerk. Seit jeher schürften ‚Vergangenheitsgeologen‘ dort nach dem ‚Gold der Geschichte‘. Der marxistische Historiker Hans Hautmann hatte es bei seinen Grabungen besonders schwierig. Er suchte nach tief unter der Herrschaftsgeschichte verschütteten Spuren der ArbeiterInnenbewegung. In dem Buch ‚Die österreichische Revolution – Schriften zur Arbeiterbewegung 1917 bis 1920‘ sind nun einige der Ergebnisse seines reichhaltigen Fundes zusammengetragen worden. Jeder Text ist so lebendig, als wäre der Autor selbst dabei gewesen. Als sei

er selbst bei den Daimler-Motorenwerken am 14. Jänner 1918 um acht Uhr morgens in Streik getreten, stundenlang in Eiseskälte am Rathausplatz in Wiener Neustadt gestanden und hätte vielleicht auch einen jener Steine geworfen, die die Fensterschreiben des Rathauses zertrümmerten. Als hätte Hautmann den Gewerkschafter und das Mitglied der jüdischen Arbeiterpartei Poale Zion, Leo Rothziegel, selbst gekannt und mit ihm über politische Reformen, Sabotage und Generalstreiks nachgedacht. Es sind Texte über die Entstehung der ArbeiterInnen- und Rätebewegungen, von Klassenkämpfen, den Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Österreich und die Entstehung der Vorläufer der Betriebsräte: der ArbeiterInnenräte. Es ist auch ein Buch, das Mut macht, denn es zeigt, dass es möglich ist, die (Arbeits-)Welt besser zu machen, wenn sich arbeitende Menschen zusammenschließen und gemeinsam für ein Ziel eintreten.“⁴

Im ersten Teil des Kolloquiums referierten zwei langjährige Weggefährten von Hans Hautmann: Zu Beginn Univ.-Prof. Dr. Helmut Konrad vom Institut für Geschichte der Universität Graz, der mit Hautmann einige Jahre am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte der Universität Linz tätig war. Dessen Vorstand Karl R. Stadler setzte nicht nur entscheidende Impulse für die Zeitgeschichtsschreibung, in dem er 1968 das erst zweite Zeitgeschichte-Institut in Österreich gründete, sondern gab auch dem *Ludwig-Boltzmann-Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung* hier eine Heimat. Konrad bot einen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Arbeiterbewegung, die ganz maßgeblich von Linz aus geprägt wurde.

Ebenfalls in Linz seinen Ausgang nahm die Tätigkeit der ITH, am Beginn noch unter der Bezeichnung *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung*. Winfried R. Garscha vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, der mit Hautmann in späteren Jahren eine Publikation zum Februar 1934 verfasste,⁵ strich die Bedeutung der ITH als Netzwerk, Drehscheibe und Reflexionsraum für die Arbeitergeschichtsschreibung hervor. (Der Beitrag ist in diesem Heft abgedruckt.)

Veronika Helfert von der *Central European University* rekurrierte auf die Arbeiten von Hans Hautmann zur österreichischen Rätebewegung und richtete den Blick auf die Arbeiterbewegungsgeschichte als Frauen- und Geschlechtergeschichte mit Fokus auf Frauen in der



© Rudolf Leo

österreichischen Rätebewegung. Der Leiter des Instituts für Historische Sozialforschung Florian Wenninger, auf dessen Einladung das Hans-Hautmann-Kolloquium in der Studienbibliothek der Arbeiterkammer Wien stattfand, schilderte abschließend in einer Tour de Raison durch die Geschichte der Ersten und Zweiten Republik, wie sehr sich das offizielle Österreich über die Jahrzehnte hinweg äußerst schwer tat, die Gründung der Republik Österreich seiner Bedeutung gemäß zu würdigen. Zu sehr waren diese Ereignisse mit revolutionären Tendenzen in der österreichischen Arbeiterbewegung verbunden.

Hans Hautmann resümierte 1998 bei einer Konferenz der *Alfred Klahr Gesellschaft*: „Wir haben mit der österreichischen Revolution eine Tradition unserer Geschichte vor uns, die wahrlich der Erinnerung wert ist. Denn sie zeigt uns, wie viel unter bestimmten Voraussetzungen möglich und erreichbar ist, wenn sich die arbeitenden Menschen der Tugenden des Kampfes besinnen, ihrer Kraft innewerden. Die österreichische Revolution der Jahre 1917 bis 1920 bietet auch heute ein Objekt der Identifikation für alle jene, denen wirkliche und nicht bloß geheuchelte Demokratie, denen Emanzipation vom Obrigkeitsdenken und vom blinden Vertrauen in Segnungen vom Himmel der politischen Machthaber, denen gesellschaftlicher Fortschritt auch und gerade im jetzt so spürbaren Gegenwind der ‚Sozialabbau‘- und ‚Globalisierungs‘-Proklamierer am Herzen liegen.“⁶ Sich dieser Tradition zu besinnen, ist den Herrschenden in Österreich allerdings nie ein Anliegen gewesen.

Das Hans-Hautmann-Kolloquium schloss mit einem Round-Table-Gespräch, an dem Therese Garstenauer (Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien, Präsidentin der ITH), Ina Markova (Österreichisches Volkshochschularchiv), Manfred Mugrauer (*Alfred Klahr Gesell-*

schaft) und Georg Spitaler (*Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung*) teilnahmen und – ausgehend von ihren eigenen Arbeitsbereichen – Überlegungen zu Perspektiven der ArbeiterInnengeschichte anstellten.

Am Kolloquium nahmen mehr als 100 Personen teil. Die Tatsache, dass sich viele von ihnen nach den einzelnen Vorträgen rege an der Diskussion beteiligten, zeugt davon, wie groß nach wie vor das Interesse an der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist. Ein nächstes Hans-Hautmann-Kolloquium soll in absehbarer Zeit folgen.

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Anmerkungen:

1/ Siehe dazu: Claudia Kuretsidis-Haider/Manfred Mugrauer (Hg.): *Geschichtsschreibung als herrschaftskritische Aufgabe. Beiträge zur ArbeiterInnenbewegung, Justizgeschichte und österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hans Hautmann zum 70. Geburtstag. Innsbruck, Wien, Bozen 2013.

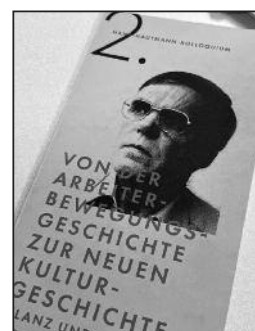
2/ Die dortigen Referate wurden in der Nr. 4/2018 der AKG-Mitteilungen dokumentiert.

3/ Hans Hautmann: *Die österreichische Revolution*. Schriften zur Arbeiterbewegung 1917 bis 1920. Wien: Promedia 2020.

4/ Rezension von Marliese Mendel, in: <https://www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/verteilungsgerechtigkeit/buecher-fuer-gewerkschafterinnen> [15.5.2020].

5/ Winfried Garscha/Hans Hautmann: *Februar 1934 in Österreich*. Berlin, Wien 1984.

6/ Hans Hautmann: „Alles, was Produktionsmittel ist, muss den Arbeitern gehören“. Klassenkräfte und Klassenkämpfe in der österreichischen Revolution 1917–1920. Referat auf dem Symposium „1848 – 1918“ der Alfred Klahr Gesellschaft am 31.10.1998.



Drei „Unangepasste“: intensive Eisler-Tage in Wien

Für die in Berlin beheimatete *Internationale Hanns Eisler Gesellschaft* (IHEG) steht die Förderung des Werks von Hanns Eisler im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit. Dass die von 4. bis 6. Dezember 2023 in Wien organisierten Eisler-Tage nicht nur den Komponisten Hanns Eisler in den Mittelpunkt stellten, sondern auch seinen Sohn Georg und den vielleicht am wenigsten einer breiteren Öffentlichkeit bekannten Erwin Ratz, erwies sich als besonders fruchtbar. Aus Anlass des 125. Geburtstags von Hanns Eisler, des 25. Todestags von Georg Eisler und des 125. Geburtstags und 50. Todestags von Erwin Ratz brachten zwei intensive Tage mit Vorträgen, sowie zwei Konzertabenden und zwei Ausstellungen dem Publikum nicht nur neue Erkenntnisse, sondern auch ein tieferes Verständnis der Kunst von Hanns und Georg Eisler.

Die von Hannes Heher, Christian Glanz und Hartmut Krones (alle Wien) konzipierte Tagung näherte sich auf unterschiedliche Weise den drei bedeutenden Persönlichkeiten. Ich beginne mit der vermutlich nicht nur für mich besonders eindrücklichen Würdigung des Wirkens und der Bedeutung von Erwin Ratz, frühes Mitglied der KPÖ, insbesondere für das Werk Hanns Eislers. Nach Hannes Heher, der sich insbesondere der führenden Rolle von Eisler in der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* (IGNM) widmete, schaffte es der Berliner Musikwissenschaftler Peter Konopatsch (früher Deeg), die überragende Bedeutung von Ratz für das Werk Hanns Eislers anhand mehrerer Beispiele und Dokumente darzustellen. Ratz und Eisler, im selben Jahr 1898 geboren, waren seit den letzten Monaten des Ersten Weltkriegs befreundet, in gleicher Weise, allerdings nicht gleichzeitig, zu ihrem

Lehrer Arnold Schönberg hingezogen und von ihm unterrichtet, und blieben lebenslang, in den letzten Lebensjahren allerdings mit erheblichen politischen Differenzen, miteinander verbunden. Konopatsch wies anhand unzähliger handschriftlicher Notenbeispiele nach, wie sehr Ratz Eisler nicht nur mit Ratschlägen und Korrekturen versorgte, sondern durch das Anfertigen von Klavierausügen auch die Verbreitung des Werks beförderte – sodass ein weiterer Referent bemerkte, dass Hanns Eisler ohne Erwin Ratz eigentlich schwer vorstellbar wäre. Eislers Musik, so Ratz, sei „die einzige ernsthafte Musik unserer Zeit“ und „allein die legitime Fortsetzung der Wiener Schule“.

Der unbekannte Erwin Ratz

Erwin Ratz war auch insofern ein besonderer Fall, als er in der von seinem Großvater gegründeten k. & k. Hofbäckerei Tobias Ratz mitarbeitete, intensiver nach dem frühen Tod des Vaters und schließlich auch noch nach dem Tod der Mutter, bis das Geschäft 1962 aufgelöst wurde. Es ist schwer zu sagen, wann er den Betrieb und wann er seine Tätigkeit als Musikwissenschaftler und Korrektor Eislers als Haupt- und wann als Nebentätigkeit ausübte. Er verfasste das musikwissenschaftliche Standardwerk „Einführung in die musikalische Formenlehre“ und war nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland als Unterstützer vieler Gefährdeter tätig, versteckte einige Verfolgte, die als U-Boote überleben konnten, verhalf anderen zur Flucht und rettete außer „gefährlichen“ Noten auch Schmuck und Ähnliches für Untergetauchte oder Geflüchtete. Ab ihrer Gründung im Jahr 1955 fungierte er als Präsident der *Gustav-Mahler-Gesellschaft* und sorgte

faktisch im Alleingang für die Gesamtausgabe der Werke Mahlers. 2014 wurde er von Yad Vashem posthum als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Ein ganzer Vormittag der Tagung befasste sich mit dem Maler Georg Eisler, der Bedeutung des Exils für seine Malerei sowie seinen Arbeits- und Tagebüchern. Persönlichen Freunden und Bekannten wurde die Gelegenheit geboten, Episoden seines Lebens- und Schaffensweges genauer zu beleuchten. (Eine Ausstellung im SPÖ-Bezirksbüro Landstraße ist noch bis 12. Jänner zu sehen.)

Brecht/Eislers Kriegsfibel

Von mehreren Vorträgen über Hanns Eisler hebe ich einen hervor, nämlich jenen von Viola Großbach aus Frankfurt am Main über die „Bilder aus der Kriegsfibel“. Ist schon dieses lyrische Werk von Bertolt Brecht vor allem im Zusammenhang mit den Fotografien wenig bekannt (die Gründe dafür würden eine eigene Darstellung erfordern), so gilt dies umso mehr für die von Eisler daraus getroffene vertonte Auswahl. Die Instrumentalbesetzung ist für den normalen Orchesterbetrieb ungewohnt, und die zeitlich knappe Vertonung dieser Epigramme nur im Rahmen anderer Musikstücke praktikabel. Hinzu kommt, dass, wie Großbach ausführte, Eisler wenn nicht verlangte, so dringend empfahl, das Werk zusammen mit den auf eine Leinwand projizierten Fotos aus Brechts Zusammenstellung aufzuführen. Wer davon einen Eindruck bekommen möchte, findet auf YouTube einige Beispiele.

Am Abend des 4. Dezember wurden im Wiener Musikverein vom Ensemble Kontrapunkte Eislers Kammersymphonie, op. 69 sowie die Suiten für Orchester Nr. 2 („Niemandland“) und Nr. 3 („Kuhle Wampe“) unter der Leitung von Gottfried Rabl aufgeführt. Tags darauf spielte an der Universität für Musik und darstellende Kunst das 1. Frauen-Kammerorchester von Österreich, und Winnie Böwe sang mit Klavierbegleitung gekonnt Lieder und Songs von Eisler und von anderen Komponisten.

KARL WIMMLER

Die Ausstellung „Erwin Ratz: Musiktheoretiker – Bäcker – Humanist. Momentaufnahmen eines Lebens“ ist noch bis 26. Juni 2024 im Bezirksmuseum Wieden zu sehen (Dienstag 10–12 Uhr, Mittwoch 16.30–18.30).

Hanns Eisler (1898–1962)

Erwin Ratz (1898–1971)

Georg Eisler (1928–1998)



Crowdfunding-Kampagne Hans Hautmanns „Geschichte der Rätebewegung“ in englischer Sprache

In Österreich waren in den Jahren 1918 bis 1924 die Arbeiter- und Soldatenräte die wichtigste Basisbewegung und Massenorganisation. Als Verkörperung der sozialistischen Bestrebungen der österreichischen Arbeiterklasse während des revolutionären Umbruchs stellte die Rätebewegung mit ihren direktdemokratischen Prinzipien der Entscheidungsfindung auch eine Alternative zum parlamentarischen Repräsentativsystem dar.

Hans Hautmanns 1987 erschienenes Werk „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“ bietet eine detaillierte Darstellung der Bewegung und belegt, dass die Räte weitgehend spontan entstanden sind und nicht einfach eine Kopie der Errungenschaften in Sowjetrussland waren. Diese Studie ist weder



eine Lobeshymne auf die vermeintlich erlösende Kraft der Räteform, noch lässt sich der Autor von Versprechungen einer Basisdemokratie über Parteigrenzen hinweg blenden. Vielmehr untersucht der marxistische Historiker Hautmann auf dialektische Weise das Zusammenspiel der Kräfte, die sich in diesen österreichischen Sowjets kreuzten und kollidierten: revolutionäre und reformistische, basisdemokratische und arbeitsbürokratische, fortschrittliche und rückständige. Er erkennt das demokratische Potenzial der Räte an, achtet aber auch auf die Widersprüche zwischen Form und Inhalt.

Während Hautmanns „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“ in Österreich und Deutschland als Standardwerk gilt, sind viele der darin enthaltenen Details in der englischsprachigen Welt bisher unbekanntes Terrain. Das Buch ist nicht nur ein hervorragendes Werk der kritischen Wissenschaft, es

enthält auch eine lebendige Darstellung der österreichischen Gesellschaft dieser Jahre, die eine reiche proletarische Kultur beherbergte, die in der kapitalistischen Welt ihresgleichen sucht. Darüber hinaus bieten einige Kapitel – wie etwa jenes, das die sich verschlechternden Lebensbedingungen und die Militarisierung der Arbeit während des Ersten Weltkriegs beschreibt – ein ebenso fesselndes wie düsteres Bild des Kapitalismus, das der erzählerischen Kraft des letzten Teils von Marx’ „Das Kapital“ nahekommmt.

Hautmanns „Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924“ ist ein unschätzbare Beitrag zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung, die sich stets auf die treibenden Kräfte hinter politischen Entwicklungen konzentriert. Im besten Sinne historisch-materialistisch, trägt das Buch auch zum Verständnis dessen bei, was für eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft notwendig ist und welche Fallen es zu vermeiden gilt. Es ist das erste Buch von Hautmann, das in englischer Sprache erscheinen wird. Als solches stellt es auch ein nicht unerhebliches österreichisches Kulturgut dar, das anglophone Bibliotheken in aller Welt bereichern wird.

Der Zukunftsfonds der Republik Österreich hat sich freundlicherweise bereit erklärt, 6.000 Euro zu diesem Projekt beizusteuern. Das Vorhaben wird auch von der Universität Rouen und dem dortigen Professor für Zeitgeschichte Jean-Numa Ducange, Historiker der europäischen Arbeiterbewegung, unterstützt. Die Gesamtkosten für die Übersetzung dieses monumentalen Werkes ins Englische können jedoch nur mit Ihrer Hilfe gedeckt werden. Während wir die Mittel für die Übersetzung aufbringen, werden wir Schritt für Schritt übersetzte Kapitel online veröffentlichen, bevor das gesamte Werk schließlich in Buchform zur Verfügung gestellt wird. Um sich an diesem Projekt zu beteiligen, bitten wir Sie, so großzügig wie möglich zu spenden und diesen Aufruf zu verbreiten.

Spenden an:

Historical Materialism

IBAN: GB13 NWBK 5600 1396 9465 12

BIC: NWBK GB 2L

National Westminster Bank

Wilhelmine Goldmann: „Rote Banditen“: Geschichte einer sozialdemokratischen Familie. Wien: Promedia 2023, 240 S., 25,- Euro

Jahre bevor zehntausende Freiwillige aus aller Welt gegen den Franco-Faschismus in Spanien in den Krieg zogen, stellte sich die österreichische Arbeiterklasse bewaffnet dem Austrofaschismus entgegen. Die Kämpfe im Februar 1934 waren unkoordiniert, kurz und blutig. Sie endeten mit einer herben Schlappe der Arbeiterklasse, von der sie sich nicht wieder erholen sollte. In den Jahren nach 1945 setzte die Sozialdemokratie auf Sozialpartnerschaft und Kooperation mit den Bürgerlichen. Die Erinnerung an den Bürgerkrieg und ihre bewaffnete Formation der Zwischenkriegszeit, den Republikanischen Schutzbund, ließ sie fallen. Die Kinder und Enkel der Februarkämpfer, wie die Schutzbündler genannt werden, die am 12. Februar 1934 ihre Waffen gegen Gendarmerie, Bundesheer und faschistische Heimwehren erhoben, wussten oft nichts von dieser Episode im Leben der Väter und Großväter.

So war es auch bei Wilhelmine Goldmann. Ihr Vater Franz Lettner war SPÖ-Bürgermeister im niederösterreichischen Traisen, Mitten im ländlichen Industriegebiet südlich der Landeshauptstadt St. Pölten. Erst zum 50. Gedenken der Februarkämpfe begleitete sie ihn zu den lokalen Feierlichkeiten. Damals begann ihr Suchen nach der Vergangenheit ihrer Eltern, die beide sozialdemokratische Aktivisten waren. Auf diesen Weg nimmt sie die LeserInnen in der Geschichte ihrer proletarischen Familie mit.

In bitterer Armut in Oberösterreich geboren, kamen ihre Eltern über die Industriestadt Steyr Anfang des 20. Jahrhunderts nach Traisen. Von frühester Kindheit mit einem starken Klassenbewusstsein ausgestattet, standen sie den linken Teilen der Sozialdemokratie nahe. Bereits im November 1919 trat Franz Lettner den Volkswehren bei, gewillt die junge Republik mit Waffengewalt gegen Revanchisten, Monarchisten und Konservative zu verteidigen. 1923 wurden diese in den Republikanischen Schutzbund überführt. Lettner machte Karriere in der Sozialdemokratie. Im Februar 1934 war er Ortspartei- und einer der Anführer des regionalen Schutzbunds. Goldmann beschreibt die Hoffnung der Schutzbündler auf den Streik der Eisenbahner, dem Kampf der Wiener Organisation und schließlich der Wiederherstellung der 1933 abgeschafften Demokratie.

Es kam anders: Die Erzählung des 12. Februar im Traisental ist eine von Verrat der Mitglieder durch die sozialdemokratische Führung – genauso wie in allen anderen Landesteilen. Als sich der Schutzbund in der Wohnung der Lettners zu einem geheimen Treffen traf, ging der lokale Schutzbundkommandant lieber schlafen: „Die Genossen warteten, doch Schönleitner tauchte nicht auf. Meine Mutter machte später in ihren Erzählungen kein Hehl aus ihrer Verachtung.“ Auch die nationale Leitung zeigte an dem Tag ihre „Feigheit“, wie es Goldmanns Mutter bezeichnete: Parteichef Otto Bauer setzte sich mit Beginn der Kämpfe in die Tschechoslowakei ab.

Die Basis hatte dagegen alles vorbereitet: Die Waffen waren gewartet und wurden aus den Verstecken geholt. Es wurden die Positionen eingenommen und „das Faschingskränzchen der Naturfreunde im Gasthof Putre jedenfalls sollte an diesem Tag nicht stattfinden“. Als dann der 6 Uhr-Frühzug fuhr, war den Genossen klar: Die Eisenbahner streikten nicht, der Kampf könne so nicht gewonnen werden. Ohne Unterstützung der Parteiführung war die Einheit „hilf- und tatenlos“. Sie vergruben die Waffen, zogen ab und ließen sich verhaften. Lettner wurde im Gefängnis gefoltert, zwei seiner Genossen in Sankt Pölten gehängt. Der Schock des Verrats durch die Partei und die Angst vor dem Galgentod des Mannes führte zum Nervenzusammenbruch der Mutter. Drei Monate verbrachte sie „im Irrenhaus“. Ihre Tochter erfuhr davon erst durch die Buchrecherchen nach dem Tod der Mutter.

Der zweite, kürzere Teil des Buchs beschäftigt sich mit der Zeit nach 1945, dem Vergessen der revolutionären Geschichte der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit und der Suche der Tochter nach dem politischen Leben ihrer Eltern. Goldmann selbst war innerhalb der Sozialdemokratie eine Linke. Auch der zweite Teil zeigt vom großen Klassenbewusstsein, ihrer politischen Tätigkeit gegen Bürgerliche und Rechte an der Hochschule für Welthandel und der Teilnahme an den Demonstrationen gegen den Professor Taras Borodajkewycz.

Goldmanns politische Biografie ist aber ebenso typisch für viele Sozialdemokraten: Sie war zwar eine ehrliche Sozialistin, überzeugt und engagiert, durch ihre Eltern ausgestattet mit einem hohen Maß an Klassenbewusstsein – zugleich aber auch eine überzeugte Antikommunistin. Im zweiten Teil geht sie sogar so weit, dass sie die Niederwer-

fung des Oktoberstreiks 1950 durch Franz Olahs Schlägertrupp positiv als Verteidigung der Demokratie erwähnt.

Wilhelmine Goldmann liefert eine leserliche und kurzweilige Lokalgeschichte einer überzeugten sozialdemokratischen Familie im 20. Jahrhundert. Sie beschreibt ein klassenbewusstes Proletariat in einem ländlichen Industriegebiet, in dem ihre Eltern und ihre Genossen bereit waren, mit ihrem Leben für Republik und Demokratie zu kämpfen. Doch die Wiener Führung sah die Partei vorrangig als Bollwerk gegen den Bolschewismus.

Als es im Februar 1934 darauf ankam zu kämpfen, war der Schutzbund in Traisen dazu bereit, die Führung in Wien nicht: „Die Sache ging nicht gut aus“, resümierte Franz Lettner bei der Gedenkfeier 50 Jahre später.

DIETER REINISCH

Michael Scharang: Die Geschichte vom Esel, der sprechen konnte. Roman. Wien: Czernin 2023, 384 S., 28 Euro

Im Februar 1945, nur wenige Monate vor dem Ende von Nazi-Faschismus und Weltkrieg, trifft der fünfjährige Moritz in einem Bretterverschlag eines Bergbauernhofs im steirischen Mürztal auf einen halb verhungerten Esel, der – zur nachvollziehbaren Verwunderung des Buben – sprechen kann. Zwischen den beiden entwickelt sich eine innige Beziehung, der Esel wird zum Freund und Ratgeber des Buben, durchlebt mit ihm die Höhen und Tiefen eines Aufwachsens in der Nachkriegszeit und eines Älterwerdens darüber hinaus. So könnte man die Handlung von Michael Scharangs neuem, 2023 bei Czernin erschienenem Roman „Die Geschichte vom Esel, der sprechen konnte“ zusammenfassen. Was zunächst wie ein seltsamer Hybrid aus Fabel und Entwicklungsroman anmutet, entpuppt sich zum Wohlgefallen des Lesers jedoch bald als ambitioniertes autobiographisches Projekt, das an den wesentlichen Forderungen der ästhetischen Moderne festhält.

Wer Scharang schon zuvor gelesen hat, kennt dessen prinzipiellen Ansatz und wird ihn auch hier wiederfinden. Sprache fungiert dabei weder als reines, sich selbst liquidierendes Mittel zur Herstellung eines Scheins mit dem Ziel, den Leser einzulullen und fortzureißen, noch als avantgardistischer Selbstzweck zur manieristischen Ausstellung ihrer selbst. Die Aufgabe der Kunst, „Spiegel der Natur zu sein und Neues zu schaffen“, wie Scharang sie formuliert (nachzulesen in

einer ebenfalls frisch erschienenen empfehlenswerten Sammlung seiner Essays zu Kunst, Literatur und Politik mit dem Titel „Die Sehnsucht des Geistes nach dem Tornister“), wird ambitioniert befolgt, stets verhandelnd zwischen den dialektischen Polen des „Wie der Form“ und des „Was des Inhalts“.

Zugegeben, es braucht etwas, bis dieses Moment hervortritt. Vielleicht weil das Utopische oder der von Scharang häufig zitierte Musil'sche Möglichkeitsinn der Einübung bedarf – als „Fähigkeit [...], alles, was ebensogut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist“, wie es im „Mann ohne Eigenschaften“ heißt. In der „Geschichte vom Esel“ hört sich das so an: „Verschließt du die Augen vor der Wirklichkeit?, fragte Moritz. Ach, die Wirklichkeit, antwortete der Esel, die tut so, als gäbe es nur sie. Das ist falsch. Wie wir beide wissen, gibt es auch mögliche Wirklichkeiten. Also eine Alternative zum realen Schrecken.“

Derartige Dialoge zwischen dem Esel und Moritz Zaunschirm strukturieren den Roman bis zuletzt. Der exzentrische Nachname des Helden mag an einen Artisten denken lassen, der, wie in einer Passage angedeutet, mit Schirm in beiden Händen auf einem Zaun durchs Leben balanciert, während der Esel mit allen Vieren fest am Grund steht. Züge eines Schelmenromans besitzt der Text in der Tat, wenn auch ohne den im barocken Gattungsprototypen drohend präsenten Abgrund weltlicher Schlechtigkeit. Die fast episodische Progression, die situative Schläue des kleinen Buben, zahlreiche komische Wendungen und das Glück, das mitunter den Anschein einer märchenhaften Fügung hat, tragen dazu bei. Der Esel ist dabei kaum jene fatalistische Allegorie, wie man sie aus Robert Bressons „Au hasard Balthazar“ kennt, auch die christliche Metaphorik geht fehl. Am ehesten mag man ihn in eine literarische Traditionslinie mit dem Esel der Grimm'schen „Bremer Stadtmusikanten“ stellen, der den Hahn mit den Worten motiviert: „zieh lieber mit uns fort [...], etwas Besseres als den Tod findest du überall“.

Neben den pikaresken, letztlich kunstvollen Aspekten zeigt sich der 380 Seiten starke Roman auch als nachdenkliche Erinnerungs- und Bewältigungspraxis. Erzählt wird österreichische Nachkriegsgeschichte, stets mit der notwendigen politischen Parteilichkeit, aber eben auch das eigene Leben. Der Tod des Sohnes oder die – mit der Schilderung der Toch-

ter Elisabeth Scharang erstaunlich deckungsgleiche – Beschreibung der gemeinsamen Arbeit am Drehbuch zu „Mein Mörder“ verleihen dem Text eine intime Dimension. Diese Intimität wird deutlicher, umso älter der Protagonist Moritz wird, je mehr sich also der Roman dem Heute annähert. Auch das Tempo nimmt zu. Dabei hätten weitere hundert Seiten dem Werk nicht geschadet – im Gegenteil.

ALEXANDER HARTL

Jürgen Pettinger: Dorothea. Queere Heldin unterm Hakenkreuz. Wien: Kremayr & Scheriau 2023, 192 S., 24,- Euro

Dorothea Neff zählt zu den „Stillen Heldinnen und Helden“ in Österreich, die in der NS-Zeit geholfen haben, jüdischen Verfolgten das Überleben zu ermöglichen. Wie viele andere auch, hat die gebürtige Deutsche, die in Wien im Laufe der Jahre zu einer der beliebtesten und prominentesten Schauspielerinnen avancierte, nach 1945 nichts oder zumindest sehr wenig über ihren Beitrag zur geglückten Rettung ihrer Freundin erzählt. Es war Lilli Wolff – die Gerettete – selbst, die im Zuge des Auszeichnungsverfahren durch Yad Vashem im Jahr 1979 mit einem Schreiben an das israelische Generalkonsulat in Houston (USA) ihrer unendlichen Dankbarkeit für die Rettung Ausdruck verlieh und um die Ehrung als „Gerechte unter den Völkern“ ersuchte. Gemeinsam mit Dorothea Neff sollten auch zwei weitere Freundinnen, die bei der Rettung eine große Rolle gespielt hatten, geehrt werden.

Peter Kunze hat in seinem 1983 erschienen Buch „Mut zum Leben“ erstmals eine Biographie über Neff vorgelegt. Darin zeichnete er das Leben der Schauspielerin und auch die Rettungsgeschichte anhand von Gesprächen nach, die er mit ihr geführt hatte. Dass Dorothea und Lilli eine Liebesbeziehung verband, fand damals keine Erwähnung. Mehr als zwei Jahrzehnte später wurde am Wiener Volkstheater das von Felix Mitterer verfasste Stück „Du bleibst bei mir“ uraufgeführt, in dem auch dieser Aspekt miteinbezogen wurde.

Jürgen Pettinger, ORF-Journalist und Moderator, ist Autor etlicher Arbeiten, in denen außergewöhnliche Lebensschicksale beschrieben werden, Personen am Rande der Gesellschaft, Personen, die aufgrund ihrer queeren Lebensweise angefeindet, verfolgt wurden und werden. 2021 erschien „Franz: Schwul unter dem Hakenkreuz“, worin das Leben von

Franz Dom, der 1944 hingerichtet wurde, nachgezeichnet wird. Im ORF-Archiv stöberte Pettinger Bänder von Radiosendungen – „Plauderei um Drei“ – aus dem Jahr 1980 auf, in denen Dorothea Neff aus ihrem Leben erzählt. Daraus entstand nun „Dorothea. Queere Heldin unterm Hakenkreuz“. Pettinger bedient sich dabei dem Genre der Romanbiographie, in dem die recherchierten historischen Begebenheiten und biografischen Daten in einen Rahmen gesetzt werden, in einigen Fällen auch mit bibliographischen Angaben belegt werden. Lücken, die es zwangsweise gibt, werden szenenhaft ergänzt und für die LeserInnen dramatisiert, dadurch emotional begreifbar, nachvollziehbar. Aber nicht immer kann man die zeitliche Abfolge sofort einordnen. Es gibt Sprünge in der Handlung, wie es vermutlich auch Gedankensprünge der Protagonistinnen gegeben haben wird. Der Autor lässt die handelnden Personen in einen Diskurs treten, lässt sie Überlegungen anstellen, beschreibt alltägliche Begebenheiten.

Dorothea Neff hat sicher die Momente, als sie den spontanen Entschluss gefasst hatte, ihre Freundin bei sich zu verstecken, oftmals geschildert, nach Bekanntwerden und vor allem nach der offiziellen Ehrung durch Yad Vashem vermutlich auch fast immer wortgleich. Aber nun zu lesen, wie die beiden Frauen auf dem Boden kauern die wenigen Dinge einpacken, lässt erschauern. War es tatsächlich so, welche Gespräche führten die beiden tatsächlich? Aus anderen Überlebensgeschichten wissen wir heute, dass es in vielen Fällen zu ähnlichen spontanen Entscheidungen gekommen ist. Erst im Nachhinein begann die Überlegung, wie es weitergehen sollte. Die Sorgen, die Ängste, das Fehlen von ausreichend Lebensmitteln, die Notwendigkeit, sich ruhig zu verhalten, das Unterdrücken menschlicher Bedürfnisse, um den NachbarInnen keinen Anlass zum Misstrauen zu geben, beschreibt Pettinger in seinem Buch auf eindrucksvolle, beklemmende Weise. Dorothea Neff führte über mehrere Jahre ein Doppelleben, als Schauspielerin musste sie Präsenz zeigen, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, zu Hause, in der Annagasse, wartete ihre Freundin mit ganz anderen Bedürfnissen. Der Autor geht auch auf das Theaterleben ein. Wie war die Stimmung am „Deutschen Volkstheater“? Wer war für die Nazis, wer nicht? Gab es jemandem, dem man sich vielleicht anvertrauen konnte? Mit Direktor Walter Bruno Iltz, von dem bekannt war, dass er



dem NS-Regime nicht besonders zugeeignet war, herrschte für das Schauspielensemble eine nach damaligen Kriterien gute Atmosphäre. Pettinger entwirft dazu einige Szenen und erwähnt dabei auch Charlotte Becher, die als Souffleuse beschäftigt war und in der Dorothea Neff gefühlsmäßig eine Gleichgesinnte vermutete. Wie recht sie doch hatte! Charlotte Becher war in die Rettungsgeschichte der Brüder Posiles eingebunden, auch sie war also eine „stille Heldin“.

Beim Lesen taucht man in die Gefühlswelt der beiden Frauen ein: Die enge Beziehung, die im Laufe der Jahre des aneinander Gebundenseins immer problematischer wurde und letztlich scheitern musste. Es kam zu Veränderungen, als zwei Freundinnen Lillis aus Köln nach Wien kamen und ebenfalls in der Wohnung Dorotheas Aufnahme fanden. Dorothea, die sich für ihre Freundin verantwortlich fühlte und Unglaubliches wagte, um ihr das Überleben zu ermöglichen, hatte ihre ganze Kraft und Energie dafür aufwenden müssen. Besonders herausfordernd waren die gesundheitlichen Probleme Lillis. Wie konnte sie ihr helfen? Es blieb keine andere Möglichkeit, als außenstehende Personen um Hilfe zu bitten. Erwin Ringel, zu der Zeit Medizinstudent, im selben Haus wie Dorothea Neff wohnhaft, wurde zum Vertrauten, zum medizinischen Betreuer des U-Boots Lilli, und nach 1945 auch zum psychologischen Berater. Dorothea selbst fand in Eva Zilcher eine neue Vertraute, eine neue Gefährtin. Die Wege von Dorothea und Lilli trennten sich.

Offiziell sprachen beide Frauen nicht über die intime Beziehung, diese war im Rahmen der Rettungsaktion wohl auch



Veranstaltungstipps

Genosse Staatssekretär

Zum 60. Todestag von Franz Honner (1893–1964)



„Was habt ihr da für einen Prachtkerl! Das ist die Verkörperung der Arbeiterklasse. Ich beneide euch um solche Leute.“ Mit diesen Worten reagierte der designierte Staatskanzler Karl Renner, als Franz Honner im April 1945 bei den Regierungsverhandlungen erschien.

Franz Honner gilt als einer der angesehensten Arbeiterfunktionäre der KPÖ-Geschichte. Schon in den 1920er Jahren war er Betriebsrat im Grünbacher Steinkohlebergwerk und Inspirator mehrerer Streikbewegungen. Als Mitglied der KPÖ-Führung war er 1937 an der Gründung des 12. Februar-Bataillons im Spanischen Bürgerkrieg beteiligt. 1944 organisierte er in Slowenien mit dem Österreichischen Freiheitsbataillon die einzige bewaffnete österreichische Formation, die auf Seiten der Alliierten gegen den Hitlerfaschismus kämpfte.

Von April bis Dezember 1945 war Franz Honner Staatssekretär in der Provisorischen Regierung Renner und damit erster Innenminister der Zweiten Republik. Bis 1959 war er Abgeordneter zum Nationalrat. Als Landesobmann der KPÖ Niederösterreich und Sekretär des Zentralkomitees gehörte bis zu seinem Tod im Jahr 1964 der engeren KPÖ-Führung an.

Vortrag von **Manfred Mugrauer** (Historiker)

Moderation: Martin Konecny (Bildungsreferent der KPÖ)

Montag, **26. Februar 2024**, 19.00

Saal der KPÖ, **Drechslergasse 42, 1140 Wien**

90 Jahre 12. Februar 1934: Film und Diskussion

Am 12. Februar jährt sich der Aufstand der österreichischen ArbeiterInnen gegen den beginnenden Austrofaschismus zum 90. Mal. Anlässlich dieses Jahrestags zeigen wir den Film „Tränen statt Gewehre“ (A 1983) über den Kampf gegen die faschistische Heimwehr im Wiener Gemeindebau Goethehof und die Rolle der jungen Textilarbeiterin und Aktivistin Anna Haider.

Anschließend Diskussion mit **Elisabeth Holzinger** (Politikwissenschaftlerin und Filmemacherin) und **Winfried R. Garscha** (Historiker) über den 12. Februar, die Rolle der KommunistInnen in den Februarkämpfen und die Bedeutung des Februar 1934 für die kommunistische Bewegung.

Mittwoch, **7. Februar 2024**, 19.00

Saal von transform!, **Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien**

„Im Gebrüll der Dollfuß' Kanonen...“

Symposium zum 90. Jahrestag des Februaraufstands, veranstaltet vom „Bündnis 12. Februar“. Programm unter www.buendnis1202.at

Samstag/Sonntag, **10./11. Februar 2024**

Uni-Campus Altes AKH, Spitalgasse 2–4, 1090 Wien

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Walther Leeb

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Winfried R. Garscha, Michael Graber, Alexander Hartl, Michael Hollogschwandtner, Gisela Hormayr, Claudia Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer, Dieter Reinisch, Brigitte Ungar-Klein, Karl Wimmmler

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Telefon: (+43–1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

Österreichische Post AG

Sponsoring-Post

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

AKG-Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930

nicht der entscheidende Punkt. Hilfestellung für Jüdinnen und Juden erfolgte aus unterschiedlichen Gründen, wie Betroffene in ihren Erinnerungen berichteten. Mut, Zivilcourage, Gegnerschaft zum NS-Regime standen zumeist im Vordergrund, aber auch Freundschaft und Liebe.

Die Frage, weshalb Dorothea Neff und Lilli Wolff solange über ihre Beziehung geschwiegen haben, wird im Vorwort von Andreas Brunner beantwortet. Abgesehen von der Tatsache, dass Hilfestellungen für Jüdinnen und Juden im Österreich nach 1945 nicht von allen positiv und zunächst auch nicht als Widerstand gegen das NS-Regime bewertet wurden, wurden gleichgeschlechtliche Beziehungen bis in die 1970er Jahre strafrechtlich verfolgt. Auch nach Änderung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen waren Personen, die sich als lesbisch oder schwul outeten, gesellschaftlich an den Rand gestellt und deren Akzeptanz war äußerst gering.

BRIGITTE UNGAR-KLEIN